

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 102

Nov./Dez. 2020



Gänzlich ohne Corona

INHALT

Endlager unter Meißendorf/Wolthausen?	
Kein Atommüll-Schock, aber Unruhe	3
Klimaauswirkungen sollen geprüft werden	
Verwaltung im Versuchsstadium	7
Ratsanträge - Mobilität auf den Prüfstand	8
Klima – Kreisverwaltung muss Blick erweitern	9
Kreistagsfraktion der FDP fordert Sozial-Pass	
Freie Demokraten mal linksgedreht	10
Marodierende Läden & Zombie-Unternehmen	
Dr. Nigge äußert sich zu Fragen der Zeit	11
Applaus, Applaus, damit kommen wir nicht aus	13
Meldungen	14
Laternengespräche	
Blockbuster – The Return of Supermen.de	16
Celle – Biogas-Hotspot durch Maisanbau	18
Diverses	21
Kalihalde: BI will Messungen statt Vermutungen	22
Interview mit Horst G. Brune	
Was geht mit der Gotischen Halle?	23
Rheinmetall bildet in Jordanien aus	24
Eschede – was wird aus dem NPD-Hof?	25
Extrawurst und Furor in Halle 19	27
Die Wehrmacht und die Kaserne Bergen-Hohne	29
Bergen: Erklärung zum Weltfriedenstag	31
Revista-Kneipenquiz am 2. Advent	32
Minigolf-Open – Großer Sport, große Gefühle	33
Kino, Veranstaltungen & Konzerte	34



Hallo werte Leser*innenschaft,

wer sich durch unser Heft liest, kann den Eindruck gewinnen, dass die Welt um uns herum ganz schön kompliziert geworden ist. Wie die alte Frankfurter Schule dann oft meinte: Ja und Nein. Ja, weil unsere Argumentationen sich zum einen von „Fakten“ ableiten, zum andern mancher „Gegenstand“ nur verständlich wird, wenn auch Geschichte, Interessen und Alternativen beleuchtet werden. Nein, weil – und da beziehen wir uns mal auf Harald Welzer – wir mit 17 Jahren ja eigentlich das Wesentliche schon begriffen hatten. - Versprechen können wir: Dümmer werdet ihr nicht durchs Lesen unseres Heftes.

Corona hat auch lokal viele bittere Facetten – zum Beispiel die massenhafte Kurzarbeit, über die kaum jemand spricht –, aber da hatten wir jetzt nicht die Recherchekapazität, um euch mehr aufzutischen, als das, was ihr sowieso wisst. Nur das und nicht mehr bedeutet der Satz auf der Titelseite.

Am 2. Advent veranstalten wir die dritte Runde des revista-Kneipenquiz, um neben dem Spaß auch wieder Spendengelder einzuwerben – mehr dazu auf Seite 32.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Unterwegs, Morlock

Kein Atommüll-Schock, aber gespannte Unruhe

Kaum jemand zeigte sich überrascht und niemand schockiert, als am 28. September 2020 die Bundesgesellschaft für Endlagerung bekannt gab: Bei der Suche nach einem Atommüllendlager liegt eins der weiter zu untersuchenden Teilgebiete im Landkreis Celle. Es handelt sich um einen Salzstock, der sich von Wolthausen bis Meißendorf streckt. Aber – und vielleicht resultiert daher die Entspanntheit: Es gibt 89 andere Teilgebiete. Das war vor 43 Jahren anders als, bevor Gorleben politisch ausgewählt wurde, neben Wahn (Emsland) und Lichtenhorst (Lichtenmoor) auch Lutterloh im Landkreis Celle als dritter Standort in die Auswahl gekommen war.

Und eventuell gibt es wirklich Gründe, entspannt zu sein. Im ersten Schritt erfolgte „nur“ die Untersuchung der geologischen Eignung. Und schon dabei schnitt Meißendorf/Wolthausen nur mit Einschränkungen als geeignet ab. Wichtiger aber dürfte die nächste Runde sein. Bei der obertägigen Untersuchung wird z.B. eine Rolle spielen, dass das Naturschutzgebiet Meißendorfer Teiche zumindest an das Teilgebiet angrenzt.

Teilgebiet 45 – Meißendorf/Wolthausen

Wie ist Meißendorf/Wolthausen überhaupt zu einem Teilgebiet im Standortauswahlverfahren geworden?

Zum Teilgebiet „ernannt“ wurden jene Gebiete, die günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in einem der drei Wirtsgesteine erwarten lassen. Sie wurden ermittelt durch die Anwendung von Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und geowissenschaftlichen Abwägungskriterien. Dabei ergaben sich insgesamt 90 Teilgebiete, davon neun in Tongestein, 74 in Steinsalz und sieben in kristallinem Wirtsgestein.

Die Mindestanforderungen bezogen sich auf die Gebirgsdurchlässigkeit, die Mächtigkeit des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs, die minimale Tiefe des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs (also den Abstand zur Erdoberfläche), der angenommenen Mindestfläche des Endlagers sowie den Erhalt der Barrierewirkung.

In einem weiteren Schritt wurden diese Gebiete anhand von elf der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien hinsichtlich ihrer geologischen Gesamtsituation bewertet (siehe für Meißendorf/Wolthausen links unten).

Für Meißendorf/Wolthausen sind zwei der 11 Kriterien mit „nicht günstig“ und ein Kriterium sogar mit „ungünstig“ bewertet worden. Im Farbdruck wären bei Kriterium 11 die drei Balken rot. Von allen 89 anderen Salzstöcken hat nur noch der bei Helmstedt eine ähnlich schlechte Bewertung.

Beim Kriterium 11 geht es um das Deckgebirge. Im Zwischenbericht heißt es dazu allgemein:

„Dieses soll möglichst eine zusätzliche Sicherheitsreserve für den einschlusswirksamen Gebirgsbereich zum Schutz seiner Integrität gegen direkte oder indirekte Auswirkungen exogener Vorgänge bieten.“

Genau dies vermag der Salzstock nicht zu gewährleisten. Im sogenannten „Steckbrief“ zum Teilgebiet 45 ist zu lesen:

„Der Salzstocktop des identifizierten Gebietes befindet sich in einer Tiefe kleiner 100 Meter unter Geländeoberkante [...]. Die Salzstruktur ist dadurch potenziell anthropogenen Einflüssen ausgesetzt, was als strukturelle Komplikation mit potenzieller hydraulischer Wirksamkeit gewertet wird. Des Weiteren sind Nachweise zu Störungen

Geowissenschaftliche Abwägungskriterien (Anlagen 1 bis 11 (zu § 24) StandAG)		
Ergebnis der zusammenfassenden Bewertung:		Indikator Bewertungen
günstig	Kriterium 1	
günstig	Kriterium 2	
günstig	Kriterium 3	
günstig	Kriterium 4	
günstig	Kriterium 5	
günstig	Kriterium 6	
günstig	Kriterium 7	
günstig	Kriterium 8	
nicht günstig	Kriterium 9	
nicht günstig	Kriterium 10	
ungünstig	Kriterium 11	

günstig | bedingt günstig | weniger günstig | nicht günstig | nicht anwendbar

Kriterium 1: Bewertung des Transportes radioaktiver Stoffe durch Grundwasserbewegungen im einschlusswirksamen Gebirgsbereich (Anlage 1 (zu § 24) StandAG)

Kriterium 2: Bewertung der Konfiguration der Gesteinskörper (Anlage 2 (zu § 24) StandAG)

Kriterium 3: Bewertung der räumlichen Charakterisierbarkeit (Anlage 3 (zu § 24) StandAG)

Kriterium 4: Bewertung der langfristigen Stabilität der günstigen Verhältnisse (Anlage 4 (zu § 24) StandAG)

Kriterium 5: Bewertung der günstigen gebirgsmechanischen Eigenschaften (Anlage 5 (zu § 24) StandAG)

Kriterium 6: Bewertung der Neigung zur Bildung von Fluidwegsamkeiten (Anlage 6 (zu § 24) StandAG)

Kriterium 7: Bewertung der Gasbildung (Anlage 7 (zu § 24) StandAG)

Kriterium 8: Bewertung der Temperaturverträglichkeit (Anlage 8 (zu § 24) StandAG)

Kriterium 9: Bewertung des Rückhaltevermögens im einschlusswirksamen Gebirgsbereich (Anlage 9 (zu § 24) StandAG)

Kriterium 10: Bewertung der hydrochemischen Verhältnisse (Anlage 10 (zu § 24) StandAG)

Kriterium 11: Bewertung des Schutzes des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs durch das Deckgebirge (Anlage 11 (zu § 24) StandAG)

gen innerhalb des identifizierten Gebietes vorhanden. [...] Das identifizierte Gebiet verfügt über eine Überdeckung durch Gesteine des Tertiär oder älter, welche als potentiell grundwasserhemmend betrachtet werden, jedoch mit einer gering mächtigen und möglicherweise lückenhaften Ausprägung.“

In der „zusammenfassenden Bewertung“ des Zwischenberichts wird dies allerdings eingeschränkt:

„Alle Indikatoren des „Kriteriums zur Bewertung des Schutzes des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs durch das Deckgebirge“ wurden [...] mit „ungünstig“ bewertet. Im Rahmen der Unsicherheiten der Modellhorizonttiefen und aufgrund der in Relation zur Fläche des identifizierten Gebiets begrenzten betroffenen Fläche wird die Bewertung des Abstands zur Quartärbasis und des Abstands zur Geländeoberkante mit „ungünstig“ geringer gewichtet. Somit ist dennoch damit zu rechnen, dass ein geeigneter einschlusswirksamer Gebirgsbereich gefunden werden kann.“

In verständlichem Deutsch soll dies wohl folgendes bedeuten: Es bleibt auch in der Auswahl, wozu wir keine genauen Daten haben, und zum anderen betrifft die ungünstige Bewertung nur Teilbereiche des Salzstocks.

Für eine mögliche Eignung wird also zunächst mal ein Auge zugedrückt. Würde der Landkreis Celle jetzt mit kompetenten Vertreter*innen in die Anhörungen gehen, gäbe es wohl ein schnelles Aus für das Teilgebiet 45. Leider können wir uns da nicht sicher sein.

Was passiert in der nächsten Runde?

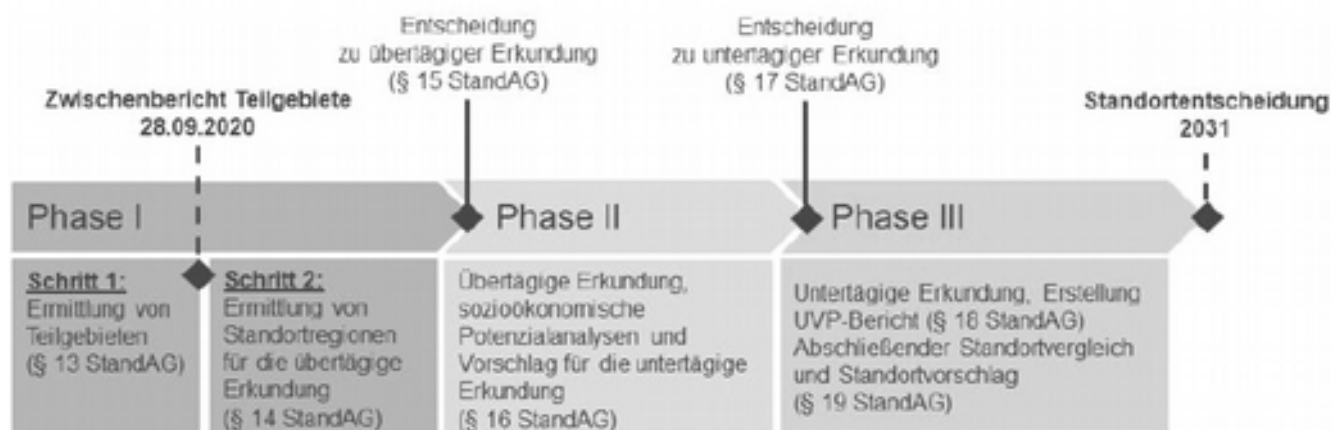
Zunächst einmal geht es in die „Bürger*innen-Beteiligung“. Am 17./18. Oktober 2020 fand Online eine Auftaktveranstaltung statt. Nach einer knapp viermonatigen Vorbereitungszeit beginnt dann an drei Terminen im Februar, April und Juni 2021 die Beratung über die Zwischenergebnisse.

Schon bald aber findet für Bürger*innen eine sogenannte „Online-Sprechstunde“ statt, in der Expert*innen der Bundesgesellschaft für Endlagerung Fragen beantworten. Die Sprechstunde wird live auf Youtube übertragen. Der Termin für das Teilgebiet 45 ist der 3. November 2020, 19:00 Uhr Ort: Youtube-Kanal der BGE - Fragen können während des Livestreams direkt über die



Chatfunktion bei Youtube gestellt werden oder sie können unter Angabe der Teilgebiete-Kennung vorab per Mail an dialog@bge.de geschickt werden.

Danach beginnt die Ermittlung von Standortregionen für die überägige Erkundung unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse aus den Fachkonferenzen. Hierfür werden für jedes Teilgebiet repräsentative vorläufige Sicherheitsuntersuchungen durchgeführt, bevor durch die erneute Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien günstige Standortregionen ermittelt werden. Für jede Standortregion werden dabei sogenannte



„sozioökonomische Potenzialanalysen“ durchgeführt.

Sollte Meißendorf/Wolthausen dann noch dabei sein, dürfte eine Rolle spielen, dass an das Teilgebiet 45 das Naturschutzgebiet Meißendorfer Teiche zumindest angrenzt und dass für die Region Winsen der Tourismus ein Standortfaktor ist. Ob und inwieweit Faktoren wie der Truppenübungsplatz Bergen-Hohne oder die Gedenkstätte Bergen-Belsen von Bedeutung sind, wird sich zeigen.

Kein 'Atomklo' im Celler Land!?

Im politischen Raum vor Ort eröffnete der frisch gekürte SPD-Bundestagskandidat Dirk-Ulrich Mende die Debatte noch vor Bekanntgabe der Teilgebiete. Er mutmaßte, Lutterloh könne – wie schon vor über 40 Jahren – erneut in die Standortauswahl kommen und meinte dazu: *„Kein 'Atomklo' im Celler Land.“* Und weiter: *„Schon bei dem ersten Versuch [...] haben sich die Menschen hier vor Ort erfolgreich dagegen gewehrt. Das werden sie wieder tun, kommt es nicht zu dem nachvollziehbaren und transparenten Auswahlprozess. Wir werden sie dabei unterstützen. Gerade die jungen Menschen in unserem Landkreis rufen wir deshalb dazu auf, sich aktiv einzubringen und zu beteiligen.“* Sein CDU-Gegenkandidaten Henning Otte fühlte sich offensichtlich herausgefordert und zeigte mal wieder seine Rummelboxer-Qualität: *„Ich werde mich ganz klar dafür einsetzen, dass Lutterloh kein Endlager-Ort wird. Hier schlägt das Herz unserer Südheide, das ich als Wahlkreisabgeordneter und Heidjer verteidigen werde.“* Im direkten niedersächsischen Vergleich sei doch Gorleben ausgesucht und mittlerweile zu zwei Dritteln als Endlager beziehungsweise Zwischenlager fertiggestellt worden.

Immerhin wissen wir jetzt, wo das Herz der Südheide schlägt. Die Initiative „Land in Sicht – Transition“ (LIST) bewertete als Fachpublikum am Ring diese erste Runde so: Lutterloh sei erwiesenermaßen ungeeignet, was eine Untersuchung und Bewertung von Salzformationen durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe aus dem Jahr 1995 gezeigt habe. Und zu Otte: *„Wer heute noch ernsthaft behauptet, Gorleben sei in einem niedersächsischen Vergleich u.a. mit Lutterloh ausgesucht worden, hat sich mit dem Thema nicht wirklich befasst. Gorleben war erwiesenermaßen eine rein politische Entscheidung durch die damalige CDU-Landesregierung.“*

Nach Veröffentlichung des Zwischenberichts äußerten sich weitere Politiker*innen.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Jörn Schepelmann erklärt: *„Auch wenn es naheliegt, sofort in Abwehrhaltung gegenüber einem Endlagerstandort in unserem Landkreis zu gehen, sollten wir uns bewusst machen, dass es sich zunächst nur um eine generelle geologische Eignung handelt, die noch nicht tiefergehend geprüft ist. Dennoch werden wir die weiteren Beratungen auf den Fachkonferenzen kritisch begleiten, wo die Teilgebiete weiter erörtert werden.“*

Ähnlich äußerte sich die SPD-Bundestagsabgeordnete

Atommüll-Karte: Die Fehler der BGE

In einer ersten Analyse kritisiert die Initiative „ausgestrahlt.“ Aspekte, die auch für das Teilgebiet im Landkreis Celle zutreffen. Wir zitieren aus der Stellungnahme von Jochen Stay:

„Die BGE konnte relativ frei entscheiden, ob sie eher wenige oder eher viele Teilgebiete veröffentlicht und wie sie diese kategorisiert. Sie hat sich für die maximale Anzahl entschieden. Das schmälert die Aussagekraft der Karte immens. Die Bundesgesellschaft konnte die Ausdehnung und Zahl der Teilgebiete darüber steuern, wie streng die geologischen Abwägungskriterien angewendet wurden, also wo das Unternehmen die Grenze zog zwischen ‚hat Nachteile, bleibt aber noch drin‘ und ‚hat so viele Nachteile, dass es rausfliegt‘. [...]

Problematisch ist dieses Vorgehen [...], weil so der Bevölkerung die Möglichkeit genommen wird, einzuschätzen, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass ihre Region wirklich betroffen sein könnte [...]. Die Karte der BGE führt dazu, dass regionale Betroffenheit erst gar nicht aufkommt. [...] Damit wird der Zwischenbericht Teilgebiete seiner eigentlich vom Gesetzgeber gedachten Funktion nicht gerecht, die betroffene Bevölkerung in die Debatte um die Standortsuche mit einzubeziehen.

Durch diese Diffusion der Betroffenheit werden sich weiterhin zu wenige Menschen mit dem Verfahren auseinandersetzen. Im nächsten Schritt, wenn die Erkundungsregionen benannt werden, fallen voraussichtlich mehr als 90 Prozent der Gebiete weg. Dann ist das Verfahren an einem Punkt, an dem per Bundesgesetz Fakten geschaffen werden. Das ist zu spät, um die Menschen in den betroffenen Regionen abzuholen. Der Konflikt ist vorprogrammiert.“

Die ganze Stellungnahme findet sich unter:
<https://www.ausgestrahlt.de/presse/uebersicht/atommull-karte-die-fehler-der-bge/>

Kirsten Lühmann: *„Der Zwischenbericht ist eine erste Eruierung. Orte im Landkreis Celle und Uelzen sind keinesfalls als Standorte in Stein gemeißelt. In der zweiten Runde sollen die Kriterien weiter geschärft werden, um den Suchraum weiter einzugrenzen. Ich bin mir sicher, dass die touristisch genutzte Heideregion aus sachlichen Gründen ausgeschlossen werden wird.“*

Direkt in Winsen sowie Meißendorf und Wolthausen waren die von der CZ eingeholten Reaktionen verhalten optimistisch, dass der Kelch Atommüllendlager an den Gemeinde bzw. den Ortsteilen vorbeigeht.

Insgesamt löste die Bekanntgabe des Teilgebiets keine hektischen Reaktionen aus. Dass aber von „Seine Bräsigkeit“ Landrat Klaus Wiswe gar keine Reaktion kommt – Null, Niente, Nothing –, ist eigentlich ... naja: war zu erwarten. Das aber ist ein Problem. Denn selbstverständ-

lich wäre die Kreisverwaltung im weiteren ein wichtiger Akteur. Darauf hat immerhin die Kreistagsabgeordnete Behiye Uca (Die Linke) aufmerksam gemacht, indem sie einen eigenen Fachausschuss des Kreistags für die Begleitung des Standortauswahlverfahrens gefordert hat.

Vorläufiges Fazit

Es zeigt sich auch im lokalen Raum, dass der Versuch, die Standortauswahl für ein Atommüllendlager nach transparenten, wissenschaftlichen Kriterien zu betreiben, zunächst kaum Aufregung aufkommen lässt. „Es gibt ja noch 89 weitere Teilgebiete, die untersucht werden.“ Und ja, ein nationales Endlager muss her. Trotzdem: Die Erfahrung von fast 50 Jahren Anti-AKW-Bewegung zeigt auch, dass nichts naiver wäre als Vertrauen in die Strategen der deutschen Atomenergiepolitik.

#####

Stadtverwaltung drückt sich um eine echte Baumschutzsatzung

CWC kritisiert fehlende Zielsetzung

Dass in Zeiten des Klimawandels der Schutz von Bäumen in Städten äußerst wichtig ist, liegt auf der Hand. „Leider gibt es mal wieder keine Zielsetzung bei dem aktuellen Ratsbeschluss zur Überarbeitung der Vegetationsschutzsatzung“, kritisiert Reinhard Rohde, Sprecher von „Climate Watch Celle“ (CWC). Von einem wirksamen Schutz nicht nur einiger hundert, sondern aller Bäume sei man in Celle deshalb weit entfernt.

Auf Grundlage der derzeit gültigen Vegetationsschutzsatzung werden einzelne Bäume nur auf Antrag von Bürgerinnen und Bürgern unter Schutz gestellt. Eine Baumschutzsatzung, wie sie z.B. der Deutsche Städtetag vorschlägt, würde dagegen jeden Baum schützen, der bestimmte Kriterien erfüllt (z.B. Stammdurchmesser größer als 60 cm). Eine Fällung wäre dann nur noch auf Antrag und mit Genehmigung der Stadt erlaubt. Und falls dies aus Gründen z.B. der Verkehrssicherheit erlaubt

Baumschutzsatzung Hannover (Auszug):

Im Gebiet der Landeshauptstadt Hannover werden allgemein geschützt:

- a) Alle Laubbäume mit einem Stammumfang von mindestens 60 cm und alle Nadelbäume mit einem Stammumfang von mindestens 80 cm, gemessen in einer Höhe von 100 cm über dem Erdboden [...]
- b) Buchst. a) gilt für Einzelbäume der Arten Eibe, Rotdorn, Weißdorn, Stechpalme und Maulbeere bei einem Mindeststammumfang von 30 cm.



würde, wären dabei für jeden gefällten Baum Ausgleichspflanzungen oder -zahlungen vorgeschrieben.

„Wir würden es begrüßen, wenn die Schutzwirkung deutlich erweitert würde“, meint Rohde. Und als Begründung führt er veränderte Verhältnisse an: „Als die Stadt 1984 die Vegetationsschutzsatzung eingeführt hat, war die Klimakatastrophe nur für wenige ein Thema. Heute ist die Sensibilität in der Gesellschaft viel größer.“ CWC verweist darauf, dass Bäume nicht nur ein Langzeit-CO₂-Speicher sind, sondern als eine Art natürlicher Klimaanlage (Schatten und Verdunstungskälte) je nach örtlichen Gegebenheiten die Temperaturen zwischen 3 °C und 15 °C senken würden.

Fachlich könne sich die Stadtverwaltung nach Auffassung von CWC kaum noch gegen eine echte Baumschutzsatzung stellen. Auch die ins Feld geführten zusätzlichen Kosten lassen sich, so Rohde, relativieren: „Zwar würde die ersten zwei Jahre tatsächlich ein erhöhter Personalaufwand anfallen, der aber könnte danach sicherlich auf ca. 0,75 Stellen reduziert werden, denn das ist der Durchschnitt bei rund 1000 Gemeinden mit strenger Baumschutzsatzung.“ Unterm Strich würden im übrigen auch volkswirtschaftliche Werte geschützt: „Als CO₂-Ausgleich für einen einzigen 40jährigen Baum müssten laut der Bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft etwa 400 dreijährige Bäume nachgepflanzt werden. Der ökologische Wert eines einzigen 40-jährigen Baums lässt sich unter Zugrundelegung bestimmter Kriterien gemäß einer Studie des United Nations Environment Programms durchaus mit rund 50.000 Euro beziffern.“

Klimaauswirkungen sollen geprüft werden

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und technische Dienste am 12. November will die Stadtverwaltung den Bearbeitungsstau in Sachen Klimaschutz auflösen. In der Oktobersitzung wurde über eine Beschlussvorlage ein Zwischenstand mitgeteilt:

„Die Verwaltung nimmt derzeit schon Hinweise zu Klimaauswirkungen der Maßnahmen in die Beschlussvorlagen mit auf. Diese werden allerdings eine Anpassung und Spezifizierung erfahren. Hierbei hilft ein vom Deutschen Städtetag und Difu erarbeiteter Handlungsleitfaden, der derzeit für die Stadt Celle angepasst wird. Auch das Tool des Klimabündnisses hierzu wird dabei berücksichtigt. Dieser Celler Leitfaden wird im November vorgestellt.

Ferner hat die Überprüfung schon bestehender Beschlüsse auf Klimarelevanz stattgefunden. Es ist festzuhalten, dass es keine Beschlüsse gibt, die nicht in der Sache an sich die Klimarelevanz als zu bearbeitenden Punkt an sich beinhalten (Bauleitplanung) oder keine Auswirkungen auf das Klima haben (Einführung eines Kommunalen Ordnungsdienstes) oder schon gänzlich umgesetzt wurden.“

Nullvariante scheidet aus

In der Tat hat die Verwaltung angefangen, in Beschlussvorlagen die „Klimaauswirkungen“ zu benennen. Zum „Bebauungsplan Feuerwehrgerätehaus Westercelle“ etwa wurde folgendes mitgeteilt:

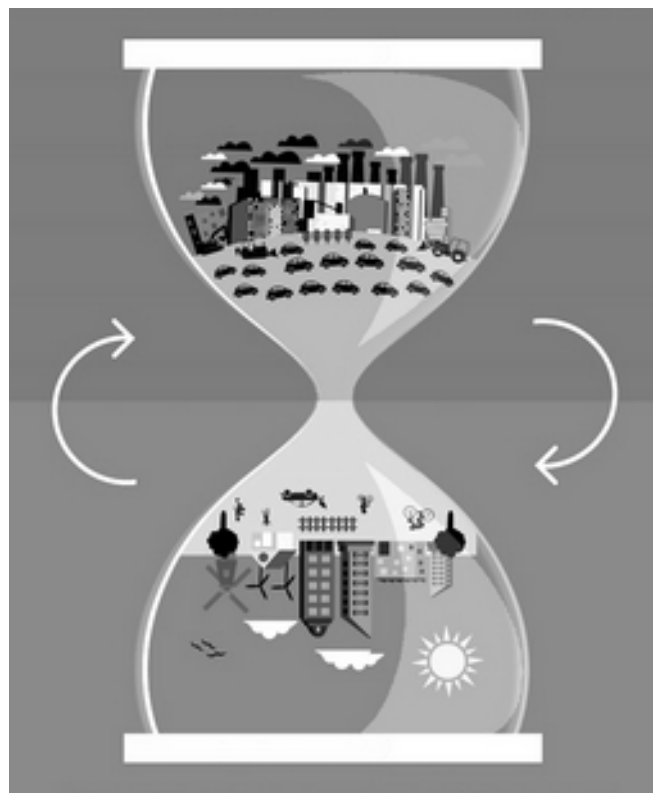
„Da das für die Feuerwehr Westercelle erforderliche Gerätehaus nicht am heutigen Standort errichtet werden kann, scheidet die Nullvariante als Planungsalternative aus. Es ist davon auszugehen, dass durch die Umsetzung der Planung gegenüber der Nullvariante zunächst zusätzliche CO₂-Äquivalenz-Emissionen entstehen werden.

[...] Im Zuge der Umsetzung des Bauvorhabens wird es zu einer Waldumwandlung und einer Beseitigung von Vegetation kommen, die eine klimarelevante Veränderung der heutigen Situation darstellt. Um die Klimaauswirkungen (vorwiegend auf das Mikroklima) zu reduzieren, werden im verbindlichen Bauleitplanverfahren soweit möglich vorhandene Bäume als zu erhalten festgesetzt. Darüber hinaus wird die vorhandene Allee als freiwillige Minimierungsmaßnahme für den Verlust von Straßenbäumen durch die Pflanzung von Eichen ergänzt.

Der Verlust der Waldfläche wird durch das Aufforsten einer geeigneten Fläche ausgeglichen. Die hierfür vorgesehene Fläche wurde bereits im Jahr 2014 mit einem Waldentwicklungstyp 10 (Traubeneiche-Buche-Hainbuche) aufgeforstet. Der hierfür vorgesehene Ausgleich wurde, mit Blick auf den „Klima in Not – Beschluss“, höher als rechnerisch erforderlich angesetzt. Mit der hö-

heren Anzahl von Bäumen pro Hektar auf der Aufforstungsfläche, wird perspektivisch eine größere CO₂ Bindung als derzeit erzielt.

Gegebenenfalls werden über den Bebauungsplan hinaus bauliche Maßnahmen ergriffen, die zu einer weiteren Reduzierung der klimarelevanten Auswirkungen beitragen können. Für das Bauvorhaben werden im Zuge der weiteren Ausführungsplanungen unterschiedliche klimaschonende bzw. energieeffiziente Heizungssysteme geprüft. Gegebenenfalls kommen hierfür Geothermie oder eine Kombination von Luftwärmepumpen und Fotovoltaik in Frage.“



Vorteile und Probleme

Vorteile und Probleme der Prüfung auf Klimarelevanz werden in dieser Vorlage schon deutlich:

1.) Dass die „Nullvariante“ ausscheidet, ist zum einen eine (sachlich begründete) politische Entscheidung: Ein neues Feuerwehrgerätehaus muss her, weil das alte nicht mehr den Anforderungen entspricht.

Problematisch ist, dass Standortalternativen nicht Gegenstand der Bewertung geworden sind. (Die Wahl des Grundstücks war angeblich alternativlos. Das stimmt allerdings nur, wenn man die Auswahlkriterien betrachtet. Das wichtigste Kriterium war, dass das Grundstück nichts kosten dürfe. Angesichts der z.B. von der Stadt klaglos hingenommenen Kostensteigerung beim neuen

Bauhof Hohe Wende von über zwei Mio. Euro sind aber ein paar Hunderttausend Euro für ein Feuerwehrgrundstück Peanuts. Ein weiteres Kriterium war, dass das neue Feuerwehrhaus wesentlich (!) größer sein müsse als das alte. Wie weit das fachlich - außer von der Feuerwehr selbst - überprüft wurde, bleibt intransparent.)

2.) Ein deutlicher Mangel ist, dass das Problem der Boden-Versiegelung nicht Bestandteil der Bewertung ist. Hier sind Rat und Öffentlichkeit gefordert, dass dies künftig im Leitfaden eine Rolle spielt.

3.) Im engeren Sinn klimarelevante Veränderungen sollen mit bestimmten Maßnahmen ausgeglichen werden. Im Prinzip ist das bei der Umsetzung von Bauvorhaben sowieso schon Standard. Wichtig wäre hier eine Quantifizierung der Ausgleichsmaßnahmen. - In der Vorlage ist es so ja nicht mehr als eine Behauptung, dass „*perspektivisch eine größere CO₂ Bindung als derzeit erzielt*“ wird. Formal wurde dafür eine bereits 2014 angepflanzte Ausgleichsfläche eingesetzt. Doch eine herkömmliche (!) Ausgleichspflanzung - auch wenn sie tatsächlich zusätzlich für die jeweilige Baumaßnahme durchgeführt wird - ist klimatechnisch fast unwirksam: Werden 40 Jahre alte Bäume gefällt, dauert es im besten Fall wieder 40 Jahre bis der Klimaschaden durch Nachwuchs eines Baums ausgeglichen ist. Angesichts der Dürreprobleme dauert der Nachwuchs eher länger oder misslingt sogar. Wollte man die CO₂-Bilanz wirklich ausgleichen, müssten für jeden gefällten 30 bis 40 jährigen Baum sofort bis zu 400 junge Bäume gepflanzt werden.

4.) Eigentlich müsste es ja eine Selbstverständlichkeit sein, bei Baumaßnahmen die Wärmefrage klimaneutral zu lösen. Hier wird es immerhin als Ziel der weiteren Planung benannt.

5.) Wichtig wäre, dass nach Schluss der Maßnahme eine weitere Bewertung erfolgt.

Höchst interessant dürfte die Bewertung schon gefasster Beschlüsse werden.

Antrag von B'90/Die Grünen im Kreis

Klimarelevanz in Beschlussvorlagen

Die Kreistagsfraktion von B'90/Die Grünen hat im Oktober beantragt, „*dass Beschlussvorlagen künftig eine Einschätzung der Klimarelevanz enthalten.*“ Bei negativen Auswirkungen auf das Klima sollen Optimierungs-, Kompensations- oder Ausgleichsmaßnahmen von der Verwaltung vorgeschlagen werden.



Die Linke/BSG zu Mobilitätsthemen

Mit zwei Anträgen stößt die Ratsfraktion Die Linke/BSG eine Debatte um die Mobilität rund ums Rathaus an. So soll die Stadt „... *ihren Fuhrpark (wo möglich) durch im Betrieb emissionsfreie Fahrzeuge [ersetzen].*“

Dafür will die Fraktion erst einmal wissen, wie die aktuelle Bestückung des Fuhrparks – auch der städtischen Gesellschaften und Betriebe – aussieht. Und dann wird gefordert:

„*Nur wenn keine gleichwertigen Fahrzeuge zur Verfügung stehen (z.B. bei Spezialfahrzeugen) oder unverhältnismäßig hohe Kosten gegenüber Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor bestehen, kann begründet auf die Anschaffung von im Betrieb emissionsfreien Fahrzeugen verzichtet werden. Bei der Frage der Beschaffungskosten müssen in Wirtschaftlichkeitsberechnungen auch die Betriebs- und Unterhaltskosten sowie die Lebensdauer der Fahrzeuge eingehen.*“

Leider wird nicht in Frage gestellt, ob der Oberbürgermeister wirklich in einem Audi 6 chauffiert werden muss (egal ob Plug-In-Hybrid oder nicht).

Spannend ist ein zweiter Antrag, mit dem die „Durchführung einer Mobilitätsanalyse“ angeregt wird hinsichtlich der Frage, welche Verkehrsmittel die Beschäftigten der Stadtverwaltung für ihren Weg zur Arbeit nutzen. So könnten nach Auffassung die Fraktion Die Linke/BSG „*verkehrstechnische Problemfelder hinsichtlich der Nicht-Nutzung von ÖPNV bzw. Fahrrad identifiziert werden und daraus ggfs. Handlungsempfehlungen [...] erfolgen.*“

Später könnten im Hinblick auf den nächsten Nahverkehrsplan versucht werden, gemeinsam mit dem Landkreis ähnliche Untersuchungen für die Altstadt als Einkaufszentrum, aber auch große Betriebe wie Baker, Lobetal, Krankenhaus usw. zu erstellen.

Die Begründung ist mehr als einleuchtend: „*Für die im Rahmen der Klimaschutzziele erforderlichen Verkehrswende ist es erforderlich den nicht-motorisierten Individualverkehr wie auch den ÖPNV zu stärken. Dazu kann es sinnvoll sein zu erfahren, warum dies aktuell nicht genutzt wird - bzw. auch warum der nicht-motorisierte Individualverkehr wie auch den ÖPNV genutzt werden.*“

Kreisverwaltung muss Blick erweitern

Zur Kreistagssitzung Anfang September legte die Verwaltung eine Zusammenstellung „der bereits umgesetzten und derzeit geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels“ vor.

Wäre der Landkreis Celle ein mittelständischer Immobilienverwalter, der einen Nachhaltigkeitsbericht erstellt hat, hätte er sich ein wohlwollendes Lob verdient. Aber können sich Aktivitäten wirklich darauf beschränken?

Klimaschutz als Nabelschau

In der Nabelschau wird so z.B. berichtet, dass durch die Digitalisierung „eine erhebliche Einsparung beim Papier- und Druckmaterialverbrauch erzielt“ worden sei. Der Fuhrpark sei um zwei VW e-up! mit 260 km Reichweite „erweitert“ (?) worden. Und weiter in Sachen Mobilität: „Derzeit stehen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung insgesamt 13 Fahrräder sowie ein Lasten E-Bike, verteilt auf das Kreisgelände und Außenstellen, zur Verfügung.“

Lang ist die Liste zur „energetische Verbesserung“ der eigenen Liegenschaften. „Dazu setzt er möglichst verschiedene Fördermittel ein, wie z. B. solche der Klimaschutzinitiative oder der Kommunalen Klimaschutzgesellschaft Landkreis Celle (KKC).“ Letzteres ist im Unterschied zum Klimaschutzfond der Stadt Celle einerseits nicht für Bürger*innen offen und zweitens ein ziemlich geheimer Topf – es bedarf großen Aufwands zu recherchieren, was wann mit welchen Mitteln gefördert wurde.

Das Positive: Bei den Schulen wird vielfach auf Blockheizkraftwerke gesetzt und die Umstellung auf LED-Technik wird als Standard vorangetrieben. Bilanz: „Durch die Nutzung und den Ausbau von Blockheizkraftwerken und Photovoltaikanlagen wird eine nachhaltige Form der Energieerzeugung in den Liegenschaf-

ten eingesetzt, die zu einer Verbesserung der Klimabilanz des Landkreises Celle beiträgt. Der Landkreis Celle betreibt derzeit, vorwiegend in Schulen, 3 Photovoltaikanlagen und 14 Blockheizkraftwerke.“

Und ja – es wird auch gemacht, was in den engeren Zuständigkeitsbereich fällt, also z.B. Ausweisung von Vorranggebiete zur Nutzung von Windenergie, Bau von Radwegen, Landschafts- und Naturschutz durch z.B. Sicherung von NATURA Gebieten oder Ausweisung von FFH-Gebieten.

Herausforderungen annehmen

Eine Bemerkung vorab: Kreisverwaltungen haben als übergeordnete Ebene andere Aufgaben und Zugriffe als z.B. eine (kreisangehörige) Stadt wie Celle. Sie sind weniger direkt an den Menschen dran, aber gleichzeitig für wichtige Strukturen wie ÖPNV oder den Ausbau der Erneuerbaren zuständig. Der Deutsche Landkreistag hat das in seinem Papier „Klimaschutz und erneuerbare Energien in den Landkreisen“ am 7./8.1.2020 beschrieben, wenn auch wenig ambitioniert und unterer besonderer Fokussierung auf die „Lasten“. Letzteres geht vielleicht auf den Einfluss von Landrat Klaus Wiswe zurück, der als Präsident des Niedersächsischen Landkreistages (NLT) Mitglied in der fünfköpfigen Arbeitsgruppe war, die dieses Papier erstellt hat. Trotzdem: Will sich der Landkreis Celle an dieser Vorgabe orientieren, muss er öffentlich wahrnehmbar zusätzliche Arbeitsfelder etablieren. Anders ausgedrückt:

Klimaschutz muss für die Celler Kreisverwaltung mehr werden als eine betriebswirtschaftliche Nachhaltigkeitsstrategie. Wahrscheinlich müssen wir dafür aber bis nächsten September warten, wenn ein neuer Landrat gewählt wird.



Freie Demokraten mal linksgedreht

Vor über zehn Jahren hatte die Stadtratfraktion Bündnis '90/Die Grünen schon mal einen Sozial-Pass beantragt, später Die Linke/BSG im Kreistag – alles genauso erfolglos wie die Initiative von Behiye Uca (Die Linke) zur Einführung eines Sozialtickets im ÖPNV vor drei Jahren. Die Idee ist also nicht neu – interessant ist, wer dieses Mal Ermäßigungen für einkommensschwache Haushalte fordert: die Kreistagsfraktion der FDP. Wir zitieren mal aus der Pressemitteilung:

„Was es in Städten wie Hannover, Hamburg, Salzgitter und Wolfenbüttel gibt, darf in Celle nicht fehlen,“ ist Steffen Lenzen, sozialpolitischer Sprecher der FDP-Kreistagsfraktion überzeugt. *„In diesen und vielen weiteren Städten, nicht nur in Niedersachsen, besteht für finanziell schlechter gestellten Personen die Möglichkeit, sich einen Sozial-Pass ausstellen zu lassen. Mit diesem ist unter anderem möglich, vergünstigt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Was in vielen Städten und Gemeinden schon lange gang und gebe ist, möchten wir Freie Demokraten nun auch in Celle eingeführt wissen.“* Lenzen führt weiter aus: *„Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie viele Entbehrenungen man machen muss, wenn man auf Transferleistungen wie ALG II oder Kurzarbeitergeld angewiesen ist. Leipzig oder auch Berlin bieten für solche Fälle ein sehr soziales Angebot an, den Leipzig-Pass bzw. den Berlin-Pass. Ich finde, genau so etwas sollte es im Landkreis Celle auch geben, um finanziell schwache Menschen ein wenig zu unterstützen.“*

Leider wird in der FDP-Pressemitteilung nicht deutlich, dass der zentrale Punkt das Sozialticket im ÖPNV ist. Aufgezählt werden auch Dinge wie die „Ausleihe von Büchern“, wo es in Celle schon immer einen vergünstigten Bibliotheksausweis gibt. Aber egal.

Bereits vor der Corona-Krise seien, so die FDP in ihrer PM, über 14 % der Menschen im Landkreis Celle von Armut betroffen gewesen. Wie viele nach der Krise durch Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit in eine prekäre finanzielle Situation geraten sind, sei derzeit noch gar nicht abzusehen. *„Mit dem Sozial-Pass könne man auch Personen in systemrelevanten Berufen unterstützen, denn gerade diese zählen mitunter zu jenen, die trotz Arbeit Aufstockung vom Amt benötigen“*, erläutert Lenzen die Idee für den Sozial-Pass. *„Aber auch Familien mit mehreren Kindern und Alleinerziehende würden von einem Sozial-Pass profitieren. Gerade für Menschen mit geringen Einkünften ist jede zusätzliche Hilfe willkommen.“*

Die FDP-Kreistagsfraktion setzt auf die Unterstützung aller Parteien im Landkreis Celle, heißt es in der Pressemitteilung, *„um diesen sozialer zu gestalten und so ein Zeichen gegen soziale Ungleichheit zu setzen.“*



Tödliche Messerstiche

Täter kommt in die Psychiatrie

Der 30-jährige Daniel S. kommt in die Psychiatrie, weil er im April in Celle den 15-jährigen ezidischen Kurden Arkan K. erstochen hat. Der Angeklagte, so das Landgericht Lüneburg, leide an paranoider Schizophrenie und stelle eine Gefahr dar. Am 23. Oktober verurteilte das Gericht den Täter wegen vorsätzlicher Tötung nach einem Krankheitsschub. Daniel S. habe sich am Tatabend in einem extremen paranoiden Verfolgungswahn befunden, so der Vorsitzende Richter in seinem Urteilsspruch, weshalb nicht ausgeschlossen werde, dass er zur Tatzeit vermindert schuldfähig gewesen sei.

Die Unterbringung in der Psychiatrie ist zeitlich nicht begrenzt. In regelmäßigen Abständen wird aber überprüft, ob Therapien anschlagen. Es ist also nicht absehbar, wie lange der Täter in sogenannten Maßregelvollzug bleibt.

Daniel S. hatte bereits zum Auftakt des sogenannten Sicherungsverfahrens zugegeben, auf den 15-Jährigen eingestochen zu haben. Er habe Stimmen gehört und sich von dem Jugendlichen verfolgt gefühlt, ihn aber nicht töten wollen.

Rassistische Motive der Tat sah das Gericht nicht. *„Wir sahen keinen Zusammenhang eines politisch-motiviertem Verbrechens“*, so das Fazit der Leiterin der Mordkommission, nachdem Verfassungsschutz und die Staatsschutzabteilung der Polizei keine entsprechenden Hinweise gefunden hatten. Mehrere Gruppierungen, unter ihnen ezidische Vereine, hatten der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, einen möglichen rassistischen Hintergrund nicht hinreichend zu würdigen. In einer gemeinsamen Erklärung wurde betont, dass psychische Erkrankungen kein Widerspruch für ideologische Motive seien.

Die Rechtsanwälte der Familie zweifeln das psychiatrische Gutachten an. Von einiger Brisanz bleibt zudem die Frage, warum die Ermittlungsbehörden weder Handy noch Laptop des Angeklagten finden konnten. Selbstverständlich stellt sich die Frage, wer und warum diese Geräte beiseite schaffte. Eine Antwort darauf gab der Prozess nicht.

Marodierende Läden & Zombie-Unternehmen

Selten äußert sich Celles Oberbürgermeister Dr. Nigge mal zusammenhängend zu gesellschaftlichen Fragen. Deshalb waren wir ein bisschen überrascht, dass das Politikjournal RÜNDBLICK eine Art Doppelinterview mit ihm geführt hat. Das große Thema: Corona und die Folgen. Es gibt einen 28-minütigen Podcast, in dem kommunalpolitische Probleme aufgegriffen werden. Und es gibt anschließend ein Textinterview zu eher makroökonomischen Fragen. Stilistisch sind die beiden Interviews sehr verschieden. Im Podcast ist Nigge der Small-Talker, als den wir ihn kennen. Das Text-Interview hätte auch in einem neoliberalen Magazin erscheinen können. Wir vermuten mal: Der zweite Teil war für den Podcast zu – sagen wir – „holperig“, um gesendet werden zu können und wurde dann zu einer Print-Fassung überarbeitet.

Schauen wir, welche Thesen der gewählte Repräsentant unserer Stadt hier vertritt. Und dann sei abschließend auch die Spekulation erlaubt, was ihn umtreibt.

Im Podcast hebt Nigge hervor, dass die Stadtverwaltung mit Hotlines sofort für ihre Bürger da war (Bürgerinnen gibt's bei ihm nicht – eine Aufgabe für die neue Gleichstellungsbeauftragte) und das Rathaus weiterhin in Teilen geöffnet war. Es habe in Sachen Home-Office einen Schub (aus Nigges Sicht nach vorn) gegeben. Und die Stadt habe der Gastronomie geholfen mit der Gestattung zur Erweiterung der Außenbewirtschaftung.

Die Maßnahmenpakete der Bundes- und Landesregierungen kritisiert Nigge dahingehend, dass sie zu wenig von den Kommunen her gedacht würden und ihnen so Nachhaltigkeit fehle. Sein Beispiel: Statt 300 Euro pro Kind auszuschütten, wäre es sinnvoller gewesen, die Alt-schulden der Kommunen zu tilgen, um so Spielräume für Investitionen in Kita und Schule zu ermöglichen.

Nigge betont, wie wichtig es sei, in öffentliche Infrastruktur zu investieren. Das aber stelle sich für verschuldete Städte wie Celle trotz der Maßnahmenpakete nicht einfach dar, weil immer eine Kofinanzierung durch die Kommune gefragt sei.

Schließlich geht's noch um die Altstadt, der – wie Nigge sagt – DNA der Stadt. Hier beschreibt der Oberbürgermeister ein paar Attraktivitätsinitiativen seiner Wirtschaftsförderung. Und er setzt sich für mehr verkaufsoffene Sonntage ein – ausdrücklich gegen die Argumente von Kirche und Gewerkschaften. Die Innenstädte seien wichtig für die Außendarstellung, zum Beispiel um Fachkräfte zu gewinnen. Und dann kommt der lustige Satz: „Wenn sie da einen marodierenden Laden nach dem anderen sehen, haben sie wenig Lust dahin zu gehen.“

Völlig unterschiedlich zu diesen eher mainstreamigen Auffassungen, ist dann das Textinterview. Hier vertritt

Nigge harte neoliberale Thesen. RÜNDBLICK fasst diese so zusammen: „Jörg Nigge (CDU), Oberbürgermeister der Stadt Celle, übt scharfe Kritik an den Programmen von Bund und Ländern zur Bewältigung der Corona-Krise. Er befürchtet den Schutz von „Zombie-Firmen“ und sieht einen Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit.“



Die Maßnahmenpakete der Regierungen bezeichnet Nigge als „Verteilungsorgie“. In Zeiten von Corona seien „Dirigismus und saftige Konjunkturspritzen omnipräsent“. Und O-Ton: „Man könnte fast behaupten: Der Staat wird zum Sozialamt. Mit gigantischen Summen wird bislang die Wucht eines noch stärkeren Konjunkturabsturzes abgefedert. Es geht dabei insbesondere um großzügige Kurzarbeiterregeln oder milliardenschwere Überbrückungshilfen, die den Schaden in Grenzen halten sollen.“ Unternehmen mit unterdurchschnittlicher Produktivität, geringerer Investitionstätigkeit und Innovationskraft würden so künstlich am Leben gehalten. Nigge befürchtet sogenannte „Zombie-Unternehmen“. Die auf Pump finanzierte Wirtschaftspolitik müsse zum richtigen Zeitpunkt beendet werden.

Und dann positioniert der promovierte Wirtschafts- und Organisationswissenschaftler sich im aktuellen wirtschaftspolitischen Streit so: *„Die Kosten der Gegenwart werden kurzerhand auf Konten transferiert, die in Zukunft bedient werden müssen. Dass die vom Bund aufgenommenen Schulden in Höhe von 218 Milliarden Euro eine immense Hypothek für die jüngere Generation darstellen, ist ja bereits allgemeiner Konsens.“* Es sei deshalb *„schon heute unsere Pflicht, zielgenau gegenzusteuern und die staatlichen Schuldenberge durch ein hohes Wirtschaftswachstum abzubauen. Dafür bedarf es neben notwendigen Steuerstrukturereformen, insbesondere bei der Unternehmensbesteuerung, vor allem gründerfreundliche Rahmenbedingungen.“*

Selbstverständlich macht Nigge keinen offenen Vorschlag zur Bewältigung der Schulden, sondern endet mit bundespräsidialen Allgemeinplätzen: *„Lieber zielgenau die Unternehmen von Morgen retten, als die Zombies von gestern künstlich am Leben zu halten. Unsere Kinder und Kindeskiner verdienen nicht nur ein soziales und ökologisches, sondern auch ein wirtschaftliches Erbe, das Chancengerechtigkeit und Teilhabe für alle sicherstellt, unabhängig vom Elternhaus und dem Geburtsort.“* - Wer mag da widersprechen.

Beschäftigen wir uns also kurz mit der Frage, wer die Kosten der Corona-Krise begleichen kann oder soll? Dass Schulden eine Hypothek für künftige Generationen seien, kann zwar der schwäbische Hausmann so sehen, der Finanzwissenschaftler Rudolf Hickel aber meint dagegen: *„Schulden haben immer dann eine intergenerative Wirkung, wenn mit öffentlichen Krediten in eine zukunftsfähige Infrastruktur investiert und eine intakte Umwelt vererbt wird. Aufgrund derartiger Vorteile ist künftigen Generationen eine gerecht verteilte Beteiligung an den Staatsschulden über die Finanzierung des Kapitaldienstes durchaus zumutbar.“*

Nigge will einerseits *„ein hohes Wirtschaftswachstum“* und andererseits – im Kern jedenfalls – Steuererleichterungen für Unternehmen. Hickel dagegen meint, dass es darum gehen muss, die *„Einkommens- und Vermögensstarken relativ stärker in die Finanzierungspflicht zu nehmen“*. Er schlägt eine einmalige Abgabe auf das Vermögen vor, insbesondere des obersten „einen Prozent“ der privaten Haushalte. Dieses eine Prozent besitzt 35 Prozent aller Nettovermögen. Und bei den obersten 10 Prozent konzentrieren sich sogar zwei Drittel. Eine solche Abgabe gab es schon einmal zur „gerechten“ Bewältigung der Integration der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs; Name des seinerzeit auf 30 Jahre ausgerichteten Projekts: Lastenausgleich.

Mit einer solchen Vermögensabgabe – so Hickel – *„ersparen die heute Vermögensstarken den künftigen Generationen Belastungen, die ohne diese Maßnahmen gegen die Coronakrise weitervererbt werden würden – zu Lasten aller.“*

Wenn wir es richtig verfolgt haben, hat sich Nigge im Februar nach dem Rücktritt von CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer erstmals wahrnehmbar zu bundespolitischen Fragen geäußert. Es war eine scharfe Kritik an AKK, die in gewisse Weise schon als Empfehlungsschreiben für Friedrich Merz gelten konnte (vielleicht auch in diesem doppelten Sinn). Und ist das jetzt etwas anderes? Wenn Nigge vor Ablauf seiner Amtszeit in politisch höhere Sphären wechseln will, kann ihm das nur auf dem Ticket von Friedrich Merz gelingen. Oder anders gesagt: Nur unter einem CDU-Parteichef und Kanzler Merz hat Nigge dafür eine Chance.

<https://www.rundblick-niedersachsen.de/celle-ob-nigge-die-juengeren-werden-hart-getroffen/>

Rudolf Hickel: Die Kosten der Coronakrise. Wer begleicht die Rechnung?; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/2020, S. 105-112.



Vielleicht sollte "unser" OB mal am Donnerstag, 03. Dezember 2020, 19.30 Uhr, das Kino achteinhalb besuchen.

Mit ihrem preisgekrönten Dokumentarfilm „Work Hard – Play Hard“ setzte die Regisseurin Carmen Losmann sich mit den Wirkungen des modernen Human Resource Managements auseinander. Mit dem 89-minütigen Dokumentarfilm OECONOMIA, der auf der Berlinale 2020 seine Premiere feierte und von der Kritik hoch gelobt wurde, setzte sie ihre eindringlichen Recherchen zu den zerstörerischen Grundlagen unseres Wirtschaftssystems fort und öffnet den Blick jenseits der gängigen Erklärungsmuster und Dogmen auf den Nucleus eines hochexplosiven Systems: Der Schuldner als zentraler Akteur.

Um Aufbau und Regeln des Finanzsystems greifbar zu machen, wendet sich die Dokumentarfilmerin Carmen Losmann an Banker, Volkswirte und andere ökonomische Experten. Indem sie scheinbar naiv vorgeht, macht sie nicht nur erkennbar, dass hinter dem angeblich komplizierten System des Marktes im Grunde einfache Prozesse und Annahmen stecken, sie entlockt ihren Gesprächspartnern auch vielsagende Gesten der Überheblichkeit. Auf diese Weise holt sie ein selbsternanntes Elitenwissen auf den Boden der Tatsachen zurück, unter denen der Wettlauf zwischen dem Ökosystem Erde und dem Kapitalismus als aktuellste Frage mit offenem Ausgang erscheint.

„Applaus, Applaus, damit kommen wir nicht aus!“

Kurz bevor dieses Heft in den Druck ging, gab's ein Ergebnis bei den Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst: Die Löhne sollen in zwei Stufen angehoben werden: Zum 1. April 2021 zunächst um 1,4 Prozent, bei niedrigem Einkommen um mindestens 50 Euro. Ein Jahr später gibt es weitere 1,8 Prozent mehr. Auszubildende bekommen pro Jahr 25 Euro zusätzlich. Der Tarifvertrag läuft bis zum 31. Dezember 2022.

Die Beschäftigten in der Pflege profitieren diesmal stärker als die übrigen Beschäftigten, unter anderem durch höhere Zulagen. Sie sollen nach Angaben von Verdi damit auf 8,7 Prozent mehr Geld bekommen, Intensivkräfte sogar auf bis zu zehn Prozent. - Zulagen in unterschiedlicher Höhe bekommen Alten- und Krankenpfleger sowie Ärzt*innen in den Gesundheitsämtern.

Mit diversen Aktionen und Warnstreiks hatten auch Beschäftigte in Celle Druck auf die Arbeitgeberseite gemacht. Kurz vor der entscheidenden Tarifrunde fand am 21. Oktober ein Warnstreik statt, der in eine Kundgebung in den Triftanlagen mündete. Dort sprach der ehrenamtliche DGB-Vorsitzende aus dem Heidekreis, Charly Braun, dessen Rede wir in Auszügen dokumentieren.

Liebe KollegInnen und Kollegen hier im Streik und liebe Menschen, die ihr die Dienstleistungen braucht.

[...] Gerade erst in der Corona-Krise haben wir erlebt, wie wichtig viele Dienstleistungen sind. Die Beschäftigten haben vielfach ihre Gesundheit riskiert, um für alle das Leben am Laufen zu halten. Das betraf und betrifft weiterhin vor allem, jene die im Beruf Kontakt zu Menschen haben.

Die Kolleg*innen im Gesundheitswesen wurden beklatscht. Die Daseinsvorsorge gesichert haben aber auch unsere Kolleg*innen in Kitas, bei der Müllabfuhr, den vielerlei kommunalen und anderen Aufgaben innerhalb und außerhalb des Öffentlichen Dienstes. Ohne all diese Jobs funktioniert Gesellschaft nicht.

Für viele dieser Berufe ist seit langem, schon vor der Coronazeit – unwidersprochen – klar, dass ihre gesellschaftlich notwendige Arbeit deutlich besser bezahlt werden muss und dass sich die Arbeitsbedingungen deutlich verbessern müssen. Nur zwei Beispiele, für die die gewählten Abgeordneten aus Landtag und Bundestag verantwortlich sind.

1) Eltern und Erzieherinnen wissen es genauso wie die Politik seit Jahren: Wir brauchen dringend eine dritte sozialpädagogische Fachkraft in den Kita-Gruppen. Wann beschließt und finanziert ihr das endlich im Landtag, Herr Adasch?

2) Woher kommt der Stress in Kliniken? Warum fehlen Pflegekräfte und andere Gesundheitsberufe? Warum werden Kliniken geschlossen, zusammengelegt, privatisiert?

ver.di fordert seit langem die Wiederherstellung der kostendeckenden Finanzierung der Klinikleistungen. Dann gäbe es das Dilemma des AKH in Celle und Peine nicht, dann bräuchten die Klinikmanager nicht darüber nachdenken,



Fotos: Jürgen Eilendt

wie sie auf dem Rücken der Beschäftigten die Krise bewältigen. Dann würden Klinikbeschäftigte nicht ausgebrannt ihren Beruf verlassen. Kliniken die notwendige Finanzierung zurück zu geben, dafür ist in erster Linie der Bundestag zuständig, Herr Otte und Frau Lühmann.

Liebe KollegInnen und Kollegen, „Applaus, Applaus, damit kommen wir nicht aus!“ [...]

Der Arbeitgeber-Verhandler, OB Mädge aus Lüneburg [übrigens SPD], erklärt, dass den Kommunen das Geld fehlt. [...] Wenn den Kommunen Geld fehlt, dann müssen sie eben einen größeren Anteil der gesamt-staatlichen Steuereinnahmen bekommen. Das ist schon lange überfällig. Denn hier findet wichtige Daseinsvorsorge der Bevölkerung statt. [...] Es heißt, der Staat hat gerade im ersten Corona-Halbjahr soviel Extra-Geld ausgegeben und sich dafür bei den Großbanken noch mal milliarden-mäßig verschuldet. Ja das ist so. Aber waren es nicht die Regierenden der letzten 20 Jahre selbst, die die Steuern für Vermögensmillionäre und Einkommensmillionäre enorm gesenkt haben, die es zugelassen haben, dass Konzerne ihre Profite – ohne hier zu versteuern – in Steuerparadiese haben verschwinden lassen. Gewerkschaften und ATTAC haben genug Vorschläge gemacht, wie man dagegen vorgeht. [...]

Arbeitgeber-Verhandler Mädge antwortet darauf doch glatt, ich zitiere: „Wir müssten im Grunde ganz andere Diskussionen führen, nämlich über Einschnitte reden.“ Ja potztausend-noch-mal, ist das dreist und respektlos gegenüber den Kolleginnen und Kollegen. Geld ist genug da, es ist nur falsch verteilt. Wertschätzung geht anders. Darum Streik für Gute Arbeit, guten Lohn! [...]





----- 01.09.2020 -----

Runter vom Sockel

Zum Antikriegstag hat die Initiative LIST (Land in Sicht – Transition) auf eine geschichtspolitische Absurdität aufmerksam gemacht. Das sogenannte Artilleristen-Denkmal am Garnison-Museum am Schützenplatz bekam ein Schild umgehängt. Die darauf zu lesende Forderung: „Nazi-Propaganda runter vom Sockel.“

Cornelia Döllermann-Nölting, Sprecherin von LIST, begründet die Aktion: „Es war ein geschichtspolitischer Blindflug, für diese Nazi-Propaganda extra einen Sockel zu errichten. Die Wehrmachts-Krieger sind ursprünglich 1936 am Eingang der CD Kaserne aufgestellt worden. Drei Jahre später hat Deutschland am 1. September Polen überfallen und einen Krieg begonnen, der als Rasse- und Vernichtungskrieg in der Sowjetunion endete und Millionen Menschen das Leben gekostet hat.“

Nach der Umwidmung der CD Kaserne in ein Veranstaltungszentrum verschwand das Denkmal auf den Schützenplatz. Schon vor fünf Jahren hatte die Initiative die Artilleristen-Gruppe am Antikriegstag aus Protest mit einem pinken Tuch verhüllt.



Döllermann-Nölting: „Irgendwie wundert es uns schon, dass in einer Stadt, wo die niedersächsische Gedenkstätten-Stiftung ihren Sitz hat, alle die Augen vor dieser Nazi-„Kunst“ verschließen.“ Die Initiative fordert den Rat der Stadt auf, sich endlich mit dieser Frage zu befassen, und das Denkmal möglichst schnell verschwinden zu lassen: „Am Besten ab damit auf eine Bauschutt-Deponie.“ Und einen Vorschlag für den Sockel hat die Initiative auch. Döllermann-Nölting: „Der kann ruhig stehen bleiben. So ganz ohne Helmen obendrauf hätte es eine friedfertige Wirkung ganz besonderer Art.“

----- 06.09.2020 -----

Langer Marsch

Der traditionelle lange Marsch der kurdischen Jugendbewegung für die Freiheit von Abdullah Öcalan führte dieses Jahr von Hannover nach Hamburg. An ihm nahmen rund 250 Menschen teil.

Der zweiten Tag von Lehrte nach Celle war dabei dem 15-jährigen Arkan Hussein Khalaf gewidmet, der im April in Celle von einem Deutschen erstochen worden war. Es wurde deshalb ein Frontransparent mit der Aufschrift „Selbstorganisiert gegen Rassismus in Deutschland und überall“ getragen.

Am dritten Tag des langen Marsches der kurdischen Jugend veranstalteten die Aktivist*innen eine Gedenkkundgebung am KZ-Außenlager Unterlüß und eine Protestaktion vor dem Rüstungskonzern Rheinmetall.

----- 17.09.2020 -----

Gleichstellung

Bei fünf Gegenstimmen und fünf Enthaltungen bestellte der Rat Afshan Ahmed zur Gleichstellungsbeauftragten. Sie war seit 2015 Integrationsbeauftragte der Gemeinde Wietze. Bei der Stadt Celle gab es zu dieser Person keine Pressemitteilung und auch die CZ berichtete nicht. - Was nicht ist, kann ja noch werden. Und vielleicht erfährt die Öffentlichkeit dann auch, dass die neue Gleichstellungsbeauftragte mit OB Niggas Referenten Lukas Nott verheiratet ist.

Schon verwaltungsintern hat sie viel

zu tun: Der Anteil der Frauen im gehobenen Dienst liegt aktuell bei 32 %, der Anteil der Frauen im höheren Dienst bei 36 %.



----- 19.09.2020 -----

Kidical Mass

75 Teilnehmende hatte die vom VCD (Verkehrsclub Deutschland) - Ortsgruppe Celle - organisierte "Kidical Mass". Mit der Fahrraddemo rund um die Altstadt wurde gefordert, dass Kinder und Jugendliche sich sicher und selbständig mit dem Fahrrad in der Stadt bewegen können sollen. Motto: Nur eine Fahrradstadt ist eine kinderfreundliche Stadt. Im konkreten heißt das nach Auffassung des VCD: „Neuaufteilung des Straßenraums mit Privilegierung von Fuß- und Radverkehr, weitere Fahrradstraßen ohne motorisierten Durchgangsverkehr, ebene Radwegoberflächen an Grundstückseinfahrten und Straßenmündungen, deutlich längere Ampelphasen für zu Fuß Gehende und Radfahrende, baulich geschützte Radwege an Hauptstraßen, Tempo 30 innerorts (wo laut StVO zulässig).“

----- 24.09.2020 -----

Kurzarbeit

Mit Stand 24. September 2020 sind im Agenturbezirk 16 Anzeigen (Vormonat: 16) Anzeigen zur Kurzarbeit eingegangen. In diesen vorläufig geprüften Anzeigen wurden 648 Personen benannt. Kumuliert sind damit 42.564 Personen seit März in Kurzarbeit angemeldet. Genauere Informationen zu den Anzeigen werden erst vorliegen, wenn diese tatsächlich abgerechnet werden, teilt die Agentur für Arbeit mit.

----- 25.09.2020 -----

Fridays

Unter dem Motto „Kein Grad weiter“ rief Fridays for Future am 25.09.20 zum 5. Globalen Klimastreik auf, um gemeinsam ein starkes Zeichen für Klimagerechtigkeit zu setzen. In Celle beteiligten sich an einer Kundgebung vor dem neuen Rathaus rund 120 Menschen. Leider überschritt die Zahl der Schüler*innen dabei kaum eine Klassengröße. Die Kundgebungsbeiträge widmeten sich z.B. den Themen Klimagerechtigkeit und dem Zusammenhang von Klimaveränderungen und Fluchtbewegungen. Bundesweit waren rund 200.000 Teilnehmende dabei, auch hier liegt die Zahl deutlich unter den 1,4 Millionen, die in Deutschland vor einem Jahr auf der Straße waren.



----- 05.10.2020 -----

7.400 VZ-Beschäftigte im Niedriglohn

Insgesamt rund 7.400 Menschen im Kreis Celle erzielen trotz voller Stundenzahl ein Einkommen unterhalb der amtlichen Niedriglohnschwelle von derzeit 2.350 Euro brutto im Monat (Wert für Westdeutschland). Darauf hat die Gewerkschaft IG BAU hingewiesen. Die Zahlen gehen aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Fraktion im Bundestag hervor. „Dass selbst eine Vollzeitstelle häufig nicht ausreicht, um finanziell halbwegs abgesichert zu sein, ist alarmierend“, sagt Dieter Großmann, Bezirksvorsitzender der IG BAU Nord-Ost-Niedersachsen. Grund für die aktuelle Situation sei auch die schwindende Tarifbindung.

----- 09.10.2020 -----

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Die Ratsfraktion Die Linke/BSG will, dass die Stadt gegenüber Bund und Land die Aufnahmebereitschaft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus griechischen Lagern signalisiert. Behiye Uca (Die Linke): „In der Stadt Celle sind in den vergangenen Jahren Hilfsstrukturen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufgebaut worden, die aktuell nicht ausgelastet sind. Deshalb meinen wir, dass die Stadt offensiv gegenüber den verantwortlichen Stellen eine Aufnahmebereitschaft signalisieren soll.“

Uca hatte bei Stadt und Landkreis nachgefragt, ob vor Ort die Quote bei der Aufnahme erfüllt sei. Die Kreisverwaltung antwortete: „Die Quote hinsichtlich der Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern (umA) ist noch nicht erfüllt. Aktuell könnten dem Landkreis Celle bis zu 21 umA zugewiesen werden. Bei dieser Zahl ist allerdings zu berücksichtigen, dass viele andere Landkreise ebenfalls unterhalb der bisherigen Quote liegen, so dass abzuwarten bleibt, in welchem Umfang eine Zuweisung erfolgen wird. Das Landesjugendamt hat eine Zuweisung angekündigt, zum Umfang und zum genauen Zeitpunkt aber bisher keine konkrete Festlegung getroffen.“

Die Stadt antwortete: „Zum 31.12.2018 haben sieben unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer im Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörde der Stadt Celle gewohnt. Zum 31.12.2019 haben 13 unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer im Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörde der Stadt Celle gewohnt. Derzeit wohnen 17 unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer im Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörde der Stadt Celle.“

Die Ratsfraktion Die Linke/BSG tritt vor diesem Hintergrund, dass die Kompetenzen bei den Trägern der Jugendhilfe vor Ort genutzt werden. Uca weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass die Kosten vom Landesjugendamt als überörtlichem Träger erstattet würden.

----- 09.10.2020 -----

Ein Wort mit X ...

... das war wohl nix: Wie wir in diesem Heft schon vermuteten, fühlt sich Dr. Jörg Nigge zu Höherem berufen. Auf dem CDU-Bezirkstag wollte er Delegierter für den Bundesparteitag werden, auf dem der künftige CDU-Vorsitzende gekürt wird. Dummerweise musste er sich selbst vorschlagen und landete bei der Wahl unter 23 Kandidat*innen nur auf dem letzten Platz. Da wird Friedrich Merz eventuell eine Stimme fehlen.



----- 14.10.2020 -----

Deutscher Fachwerkpreis

Von elf Vorschlägen, die eine Jury am Ende zu bewerten hatte, erhielt das Fachwerkhaus „Bergstraße 12“ in Celle den dritten Preis. Eine besondere Auszeichnung ist dies vor allem für den Architekten Dirk Sonemann, Miteigentümer des Handwerkerhauses aus dem Jahr 1590, in dem die Miteigentümerin Dörte Hirschfeld ihr Geschäft unter dem Namen "Alter Provvisor" betreibt.



Blockbuster – The Return of Supermen.de



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Die Dicke: 4,8 Prozent mehr Lohn und Gehalt bei einer Laufzeit des Tarifvertrags von zwölf Monaten fordert ver.di. Für Geringverdiener soll es einen Sockelbetrag von 150 Euro geben.

Oma Lilo: Das haben wir uns als städtische Angestellte, die Tag und Nacht ihrer schweren Dienst versehen, aber auch verdient.

Der Besserwisser: Das finden ja nicht alle. Die taz ließ einen gewissen Udo Knapp kommentieren, im öffentlichen Dienst würden Lohnkämpfe von vorgestern auf dem Rücken aller Bürger austragen.

Oma Lilo: Udo Knapp? Sag mal. Doch nicht etwa der letzte Vorsitzende des SDS, der über Rote Zellen und Grüne am Ende wieder im Schoß der SPD gelandet ist? Der muss doch über 70 sein. Aber immer noch interessiert am kleinen Zeilenhonorar der taz. Unglaublich.

Der Besserwisser: Ich denke weniger am Geld als am Klassenkampf – nur im Unterschied zu seiner Jugend jetzt an dem „von oben“.

Die Dicke: Da hast du wohl recht, er findet: *„Der Corona-Situation angemessen wäre es, wenn Verdi aus Solidarität mit allen Arbeitnehmern der freien Wirtschaft auf jede generelle Lohnerhöhung verzichtete und die geltenden Tarifverträge einfach verlängert würden. Ein solcher Schritt würde die Staatsverdrossenheit vieler Bürger mildern und das Zusammenstehen in der Corona-Krise erleichtern. In diesem Fall muss man also sogar hoffen, dass die Arbeitgeber an ihrer konsequenten Weigerung festhalten, überhaupt zu verhandeln.“*

Die Dicke: Soviel heute zum Thema Solidarität, wenn es sich volksgemeinschaftlich buchstabiert.

Oma Lilo: Apropos: Ohne die Solidarität der Baby-Boomer-Generation hätten Fridays for Future in Celle neulich alt ausgesehen. Nein andersrum, dadurch hatte die Kundgebung vor dem Rathaus schon sehr was von grauen Panther: Die Zukunft sieht leider ziemlich alt aus.

Die Dicke: Naja nicht ganz, ein Drittel stellte auch die Bakfiets-Generation.

Der lange Lulatsch: Immerhin 200.000 Menschen wären in Deutschland am 25. September auf die Straße gegangen, meinen die Fridays.

Oma Lilo: Vor einem Jahr waren es noch 1,4 Millionen.

Der lange Lulatsch: Woran liegt's? Was meinst du, Jonas?

Klein Jonas: Woher soll ich das wissen? Die beste Ausrede ist ja Corona. Viele meinen auch, dass wir aktuell nicht mehr erreichen können.

Der lange Lulatsch: Kann es nicht auch sein, dass viele kalte Füße bekommen haben? Klimagerechtigkeit würde für die Leute in den früh-industrialisierten Ländern schon eine Menge Veränderungen mit sich bringen - also z.B. hinsichtlich der Fliegerei oder des Konsums.

Oma Lilo: Ja. Da die Bewegung sich moralisch gibt, kommen die einzelnen Leute um diese Fragen nicht herum.

Der lange Lulatsch: Dabei hat Greta alle Forderungen klar an die Regierungen und die älteren Generationen adressiert, wenn ihr euch erin-

ner. Z.B. in New York: „Alle kommenden Generationen haben euch im Blick und wenn Ihr Euch dazu entscheidet, uns im Stich zu lassen, dann entscheide ich mich zu sagen: ‚Wir werden Euch das nie vergeben! Wir werden Euch das nicht durchgehen lassen!‘ Genau hier ziehen wir die Linie. Die Welt wacht auf und es wird Veränderungen geben, ob Ihr es wollt oder nicht.“

Der Besserwisser: Dummerweise haben die Jugendlichen ihr bestes Mittel aus der Hand gegeben.

Klein Jonas: Das wäre?

Der Besserwisser: Der Schulstreik. Einfach punktuell nicht mehr mitzuspielen, nicht so zu tun, als ginge alles seinen Gang. Eigentlich tut so ein Schulstreik objektiv ja niemandem weh, aber die Verweigerungshaltung war nicht akzeptabel. Noch dazu, wo es die künftigen Eliten sind, die sich verweigern.

Der lange Lulatsch: Stimmt. Hätten sie einfach – z.B. in einem rotierenden System – jeden Freitag gestreikt, wäre das Moment von Unversöhnlichkeit in der Welt geblieben. Aber genau das ging wohl nicht.

Die Dicke: Es gibt ja diesen Aufkleber: „Kein 1,5 Schnitt? Mach das Klima besser als dein Abi.“ Liegt da vielleicht das Problem? Haben sie Angst, durch ein bisschen politischer Aktivität schlechtere Noten zu bekommen.

Oma Lilo: Das ist doch Quatsch. Wenn ich viermal im Jahr den Unterricht schwänze, hat das doch keinen Einfluss auf die Noten – jedenfalls nicht, wenn ich mich clever verhalte.

Klein Jonas: Wir wissen es einfach nicht, woran es liegt.

Oma Lilo: And now for something completely different ...

Der Besserwisser: Bitte nicht Corona.

Oma Lilo: Nein. Aber: Was haltet ihr davon, dass Supermen.de in den Bundestag will?

[Schweigen] **Der lange Lulatsch:** Wenn er dem alten Rüstungslobbyisten Otte das Direktmandat wegnimmt und der auch nicht über die Landliste reinkommt, würde ich zur Feier des Tages eine Pirouette drehen.

Der Besserwisser: Und Otte bekommt zum Trost einen bestens honorierten Berater-Job bei Rheinmetall.

Die Dicke: Das wär's wert. Aber die SPD wird's schon versammeln.

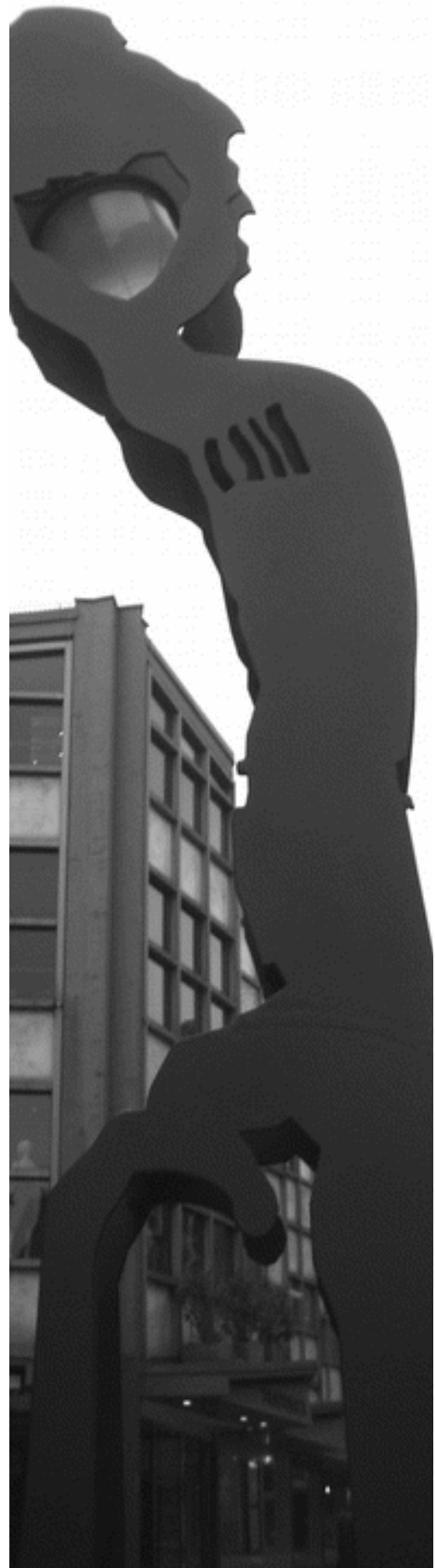
Oma Lilo: Oh ja, das war untergründig, wie zum Anlass von Mendes Nominierung durch den SPD-Ortsverein behauptet wurde, die durch Nigge betriebene Abgabe der Jugendhilfe an den Landkreis bzw. seine „fehlende Sozialpolitik“ sei verantwortlich für eine Häufung von Straftaten im Stadtgebiet. So einen Blödsinn kann sich die CDU (oder wahlweise die AfD) leisten, aber warum sollte irgendwer die Hartz IV-SPD wegen ihrer tollen Sozialpolitik wählen?

Der lange Lulatsch: Sie schnallen es halt einfach nicht.

Die Dicke: Mende müsste einfach fix ein Programm vorlegen, mit dem er Bündnisgrüne und Linke davon überzeugen kann, keine eigenen Kandidat*innen aufzustellen. Also z.B. Versprechen zu Rüstungsexportkontrolle, zu ambitioniertem Klimaschutz, zu mehr Chancengleichheit im Schulsystem und ähnliches.

Oma Lilo: Du meinst: Offenheit für eine grün-rosa-rote Regierung unter Habeck. Why not?

Der Besserwisser [ironisch]: I have a dream.



Biogas-Hotspot & Mais im Landkreis Celle

Bis ca. 1965 nur eine Randerscheinung

Der heutige Mais ist eine kultivierte Variante des wilden Süßgrases Teosinte. Aufgrund archäologischer Funde lassen sich die Urformen des Mais bis ca. 6.000 v. Chr. nachweisen. Er war von den südlichen Gebieten der heutigen USA über Mittelamerika bis hin zum Amazonas eine der wichtigsten Kulturfrüchte der indigenen Bevölkerung, vor allem der Inkas, Mayas und Azteken. In deren Religionen wurde der Mais als Gottesgabe betrachtet. Christoph Kolumbus hat die Pflanze aus der Karibik nach Europa mit gebracht. Hier wurde Mais ab Beginn des 16. Jahrhunderts zunächst als Gartenpflanze und dann zunehmend als Feldfrucht angebaut. Aufgrund der klimatischen Anforderungen der damaligen Maissorten erfolgte der Anbau fast nur in Süd- und Südosteuropa. In Deutschland wurde bis ca. 1965 Mais praktisch nur im warmen Rheingebiet – vor allem als Körnermais für Hühnerfutter – angebaut. In Niedersachsen und auch im Landkreis Celle war er praktisch gar nicht zu finden.

Ab ca. 1970 Standard-Futtermittel

In den 1960er Jahren wurden relativ kälteunempfindliche Sorten entwickelt, die ohne Insektenbestäubung auskommen. Die gleichzeitige Entwicklung spezieller "maisgeeigneter" Herbizide und Pestizide machte Mais ab Beginn der 1970er Jahre vor allem als Silomais in ganz Deutschland zu einem Standard-Futtermittel, denn der Hektarertrag ist im Vergleich zu den anderen Getreidesorten (wie Weizen, Roggen, Gerste, Triticale oder Hafer) zwischen 15% und 100% größer. Der Anbau als Futtermittel stieg deshalb in Deutschland von 1965 bis 2000 auf ca. das 8-fache auf ca. 1,8 Mio. ha. In Niedersachsen wuchs der Maisanbau bis Anfang der 2000er auf bis ca. 300.000 ha, um dann zu stagnieren. Auch im Landkreis Celle stagnierte der Maisanbau nach schnellem Wachstum in den 1980er und 1990er Jahre um 2000 bei ca. 4600 ha. Der Grund war, dass Mais als Mastmittel für Rinder und Schweine und als Leistungsfutter für Milchkühe in der konventionellen Landwirtschaft für die heute geforderten Schnellmast-Fleischerträge bzw. Höchstträge bei der Milchleistung nicht ausreicht. Hierzu braucht die konventionelle Landwirtschaft zusätzlich importiertes Soja und Palmöl, die einen vielfach höheren Eiweiß- bzw. Fettanteil als Mais haben. Deshalb wuchs der Maisanbau um 2000 nicht weiter bzw. war sogar vorübergehend leicht rückläufig.

Nur bei Beregnung hohe Erträge

Auf den ersten Blick – und so wird auch der Maisanbau von Seiten der Agrarindustrie und ihren Lobbyorganisationen beworben und gerechtfertigt – benötigt der Mais relativ wenig Wasser. Der angeblich geringe Wasserverbrauch beruht allerdings darauf, dass Mais in wei-

ten Bereichen seiner Vegetationsphasen und damit auch über die Gesamtvegetationszeit wenig Wasser verbraucht. In seinen Hauptwachstumsphasen braucht er allerdings sehr viel Wasser. Dummerweise fallen diese heute oft in die sommerlichen Dürrephasen, wo zwar Sonne und Hitze das Wachstum des wärmeliebenden Mais befördern. Um das üppige Wachstum zu nutzen, muss genau dann üppig beregnet werden. Weiter behaupten die Lobbyorganisationen, Mais habe mit einem Transpirationskoeffizienten von ca. 350 Liter Wasser pro kg Trockenmasse einen weitaus besseren Wert als alle anderen Getreidesorten oder auch als Hackfrüchte wie Kartoffeln oder Leguminosen wie Ackerbohnen. Doch dies trügt, es zählt ja nicht nur, was die Pflanze direkt selbst verdunstet. Durch die relativ hohen Abstände der Maispflanzen, die dank Herbizid-Einsatz i.d.R. auf blanker Erde wachsen, ist bei Mais nämlich die Bodenverdunstung in heißen Sommern besonders hoch. Was dann durch zusätzliche Beregnung ausgeglichen werden muss.

Nur bei üppiger Düngung hohe Erträge

Laut den Informationen der Maislobby ist Mais ein besonders guter Verwerter der im Boden enthaltenen Nährstoffe, so dass er mit relativ wenig Düngemitteln auskommt. Doch das gilt nur für Böden, in denen die Düngemittel langfristig gebunden bleiben und nur nach Pflanzenbedarf nach und nach freigesetzt werden. Das ist z.B. auf den leichten Böden des LK Celle nicht der Fall; hier werden die Nährstoffe ziemlich schnell aus dem Wurzelbereich der Pflanzen „ausgeschwemmt“ oder wie der Fachmann so schön sagt, sie werden „verlagert“. Dazu kommt: Bei keinem Getreide wächst durch Überdüngung mit Stickstoff der Ertrag so stark an wie bei Mais. Während bei Roggen oder Weizen nur ca. 10% bis 30% Mehrertrag durch Überdüngung erreicht werden kann, sind bei Mais bis zu 110% möglich (Zahlen der Landwirtschaftskammer Niedersachsen). Dies wird der/die Landwirt*in i.d.R. nicht (voll) ausnutzen, wenn dafür teuren Kunstdünger zugekauft werden muss. Doch dafür können ja kostengünstig Gärreste aus den Biogasanlagen und Gülle aus der Massentierhaltung verwendet werden. Dass dies im LK Celle noch nicht zum Problem geworden ist, liegt nur daran, dass hier das Grundwasser meist durch schlecht durchlässige Deckschichten abgeschirmt ist, so dass das Nitrat noch (!) nicht ins Grundwasser durchgesickert ist.

Anbau zerstört den Humus

Mais wird auch im LK Celle nicht wie bei den Indigenen Mittelamerikas als Milpa angebaut (mit Kürbissen und Bohnen als Bodendecker bzw. natürliche Stickstoffspender zwischen den Maispflanzen). Sondern dank üppigem Herbizid-Einsatz gegen die Unkräuter steht der Mais auf blanker Erde. D.h. der Abbau des Nährhumus

erfolgt dank des freien Luftsauerstoffzutritts beschleunigt und die Austrocknung erfolgt schneller. Auch der Abtrag (Erosion) des Bodens durch Wind und Wasser (Starkregen) erfolgt bei Mais besonders leicht. Dass im Feldbau in Niedersachsen derzeit zwischen 0,25 kg und 5 kg pro m² und Jahr an Humus verloren geht, liegt also nicht zuletzt an der Ausweitung des Maisanbaus.

Anbau vernichtet Insekten und Vögel

Außer dem berüchtigten Glyphosat werden im Maisanbau noch mindestens 33 weitere Herbizide eingesetzt (siehe z.B. offizielle Liste der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft). Bei den anderen „Pflanzenschutzmitteln“, rühmt sich die Maislobby, dass Mais im Vergleich zu anderen Getreiden und Feldfrüchten relativ wenig benötige. Doch absolut stimmt das nicht: Da der Maisanbau so stark ausgeweitet wurde, ist dadurch selbstverständlich auch der mengenmäßige Einsatz von „Pflanzenschutzmitteln“ gestiegen. So wird gegen Krankheiten durch Pilze und andere Erreger beim Mais in der Regel bereits das Saatgut gebeizt, und der Wirkstoff breitet sich dann („systemisch“) in der gesamten Pflanze aus. Auch gegen Schadinsekten wie Fritfliege und Maiszünsler sind nach wie vor eine ganze Reihe Insektizide im Einsatz. Und wegen des besonders resistenten Maiswurzelbohrers sind nun Bestrebungen im Gange, bereits verbotene Neonicotinoide wieder zu erlauben. Diese Pestizide, Fungizide und Herbizide wirken nicht nur auf die allgemein als nützlich bekannten Insekten wie Bienen und Hummeln schädigend. Zum Beispiel kommt über den bei Bienen beliebten Maistau soviel solcher Wirkstoffe in den Honig, dass dieser nicht mehr als „Bio“ verkauft werden darf. Auch eine Vielzahl anderer Insektenpopulationen wird durch diese giftigen Wirkstoffe so reduziert, dass sie als Nahrungsmittel für viele Vogelarten ausfallen und so auch bei anderen Tierarten die Artenvielfalt reduzieren. Zwar werden deshalb immer wieder bestimmte Pflanzenschutzmittel verboten, doch „wundersamerweise“ wurden in den letzten 10 Jahren im Schnitt für einen verbotenen Wirkstoff zwei neue zugelassen. Die einzige Maßnahme, um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu verringern, nämlich weniger Mais anzubauen und Fruchtwechselfolgen von bis zu fünf Jahren einzuhalten, wird im konventionellen Landbau erst gar nicht erwogen.

Biogas: klimaschädlich und ineffizient

Während die Gesteungskosten von Strom aus Photovoltaik und Windkraft dank der durch Subventionen bewirkten Produktivitätssteigerung in den letzten 15 Jahren auf bis zu 4 Cent/kWh gesenkt wurden, ist sog. „Bio“gas nach wie vor ein Fass ohne Boden. Die Gesteungskosten liegen je nach Anlagengröße und verwerteter Biomasse bei Biogas zwischen ca. 12 und 24 Cent/kWh.

Inzwischen hat das Bundeskabinett Regelungen für Biogas in der Novellierung des EEG (Erneuerbares Ener-

gien Gesetz) verabschiedet. Sie sehen für weitere 10 Jahre eine Subvention von 16,4 bis zu 19 Cent/kWh vor. Das heißt: Biogas ist volkswirtschaftlich gesehen unwirtschaftlich. (Übrigens ist Bauernpräsident Rukwied stolz darauf, mit seiner frechen Lüge, Biogasanlagen dienen durch die Verarbeitung von Gülle dem Klimaschutz, die Politik überzeugt zu haben. In Wirklichkeit ist in den Gärresten der Biogasanlagen fast genauso viel Stickstoff wie vorher in der Gülle, und dann trägt halt das Ausbringen der Gärreste zum Nitrat im Grundwasser und zum N₂O in der Luft bei.)

Da der Einsatz von Mais in Biogasanlagen im Vergleich zu anderen Energiepflanzen oder Grünabfällen die Gasausbeute verdoppelt, wird derzeit im Schnitt über alle Biogasanlagen zu 85% Mais als Biomasse eingesetzt. Doch durch die Stickstoffdüngung wird beim Anbau so viel N₂O (Lachgas, ein ca. 320 mal wirksameres Treibhausgas als CO₂) freigesetzt, dass Biogas aus Mais eindeutig klimaschädlich ist. Energetisch gesehen ist Biogas aus Mais ohnehin Irrsinn: Ein Hektar Photovoltaik liefert mindestens 10-mal mehr Strom als ein ha Mais. Für viele Landwirte, die sich nicht auf ökologische Landwirtschaft umstellen wollen, ist Biogas derzeit noch ein vermeintlicher Rettungsanker, der aber langfristig zu ihrem Sargnagel werden wird.



Landkreis Celle ein Biogas-Hotspot

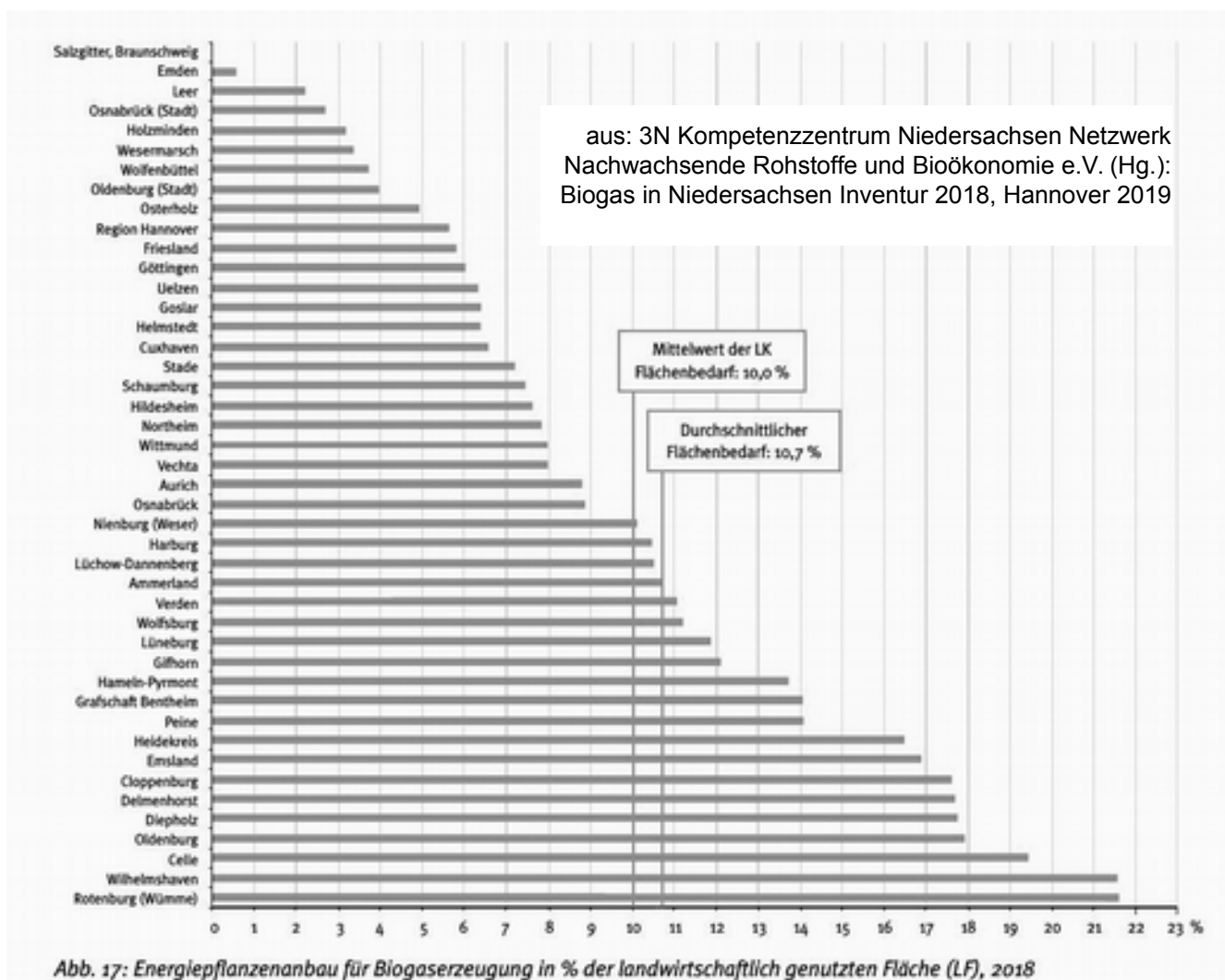
Mit dem Aufkommen der Biogasanlagen steigerte sich vor allem ab Mitte der 2000er Jahre der Maisanbau flächenmäßig um 80% bis heute auf ca. 2,7 Mio. Hektar. Heute werden in Deutschland 37% des Mais ausschließlich für Biogas angebaut. Der Landkreis Celle steht mit über 70 Biogasanlagen auf Platz 8 in Niedersachsen und zählt auch in Deutschland zur Spitzengruppe. Das heißt, dass die in den letzten 20 Jahren im LK Celle um ca. 30% angestiegene Anbaufläche ziemlich komplett für Mais genutzt wird. Den offiziellen Statistiken des Landes Niedersachsen lässt sich entnehmen, dass 2/3 dieses Celler Maises ausschließlich für Biogas genutzt werden.

Hauptgrund für Grundwassermangel

Leichte, sandige Böden – wie sie auch im LK Celle vorherrschen – sind wegen Wassermangel (!) und Nährstoffverlagerung für Maisanbau eigentlich ungeeignet. (Das sieht sogar die „Fachberatung Maisanbau“ der Firma KWS so, die ja unbedingt mit Maissaatgut Geld verdienen will.) Trotzdem wird auch im LK Celle Mais angebaut, was angesichts der immer heißeren und trockeneren Sommer nur noch mit Feldberegnung funktioniert. Dass aufgrund des Klimawandels laut Niedersächsischem Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz in Niedersachsen ein 40-Jahres Grundwassertiefstand herrscht und dass dank längerer Dürrezeiten und kurzer Starkregenperioden die Grundwasserneubildung nicht mehr funktioniert wie früher, das alles kümmert die meisten Landwirt*innen im LK Celle bislang wenig. Dank Grundwassermangel müsste ihr bisheriges Jahreskontingent von 18,4 Mio. m³ eigentlich gekürzt werden. Stattdessen fordern sie mit der Begründung, ihre Anbaufläche wäre in den letzten 20 Jahren um 30% gestiegen (siehe Maisanbau), eine Erhöhung auf über 32 Mio. m³. Da fallen einem ganz zwanglos die Mayas ein, deren Kultur zusammenbrach, als ihnen das Grundwasser für den Maisanbau ausging. Aber wer lernt schon aus der Geschichte!

Was wäre die Alternativen?

Bei nüchterner Betrachtung wären die Alternativen eine drastische Reduzierung des Maisanbaus – auch durch möglichst schnellen Ausstieg aus der Biogasproduktion – sowie weitgehende Umstellung auch der Futtermittel auf andere Ackerfrüchte und andere Anbau- und Bewässerungsmethoden. Sowohl die offiziellen als auch die selbsternannten Vertreter der Landwirtschaft im LK Celle erklären stattdessen „ohne Beregnung ist Landwirtschaft im LK Celle nicht möglich“. Man fragt sich, wie das ihre Großväter und Großmütter in den 1960ern so ganz ohne Beregnung geschafft haben? Gut, sie hatten noch nicht den Klimawandel und konnten auch noch von geringeren Erträgen leben. Doch warum kommt keiner dieser Bauernsprecher mal auf die Idee, die Einstellung aller Subventionen für konventionelle Landwirtschaft zu fordern und stattdessen Umleitung aller Subventionen auf ökologische Landwirtschaft sowie eine zusätzliche Bezuschussung der Betriebe während der Umstellungsphase. Die Landwirte im Landkreis Celle müssten dann nicht mehr für den Weltmarkt produzieren, sondern vorrangig für die regionale Versorgung der Bevölkerung. Dafür würden Wassermenge und Bodenqualität auch im Landkreis Celle reichen, statt sie wie jetzt mit Mais zu vergeuden und dabei auf den eigenen Ruin zu zusteuern.



Fack ju Göhte

Vertrauenslehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen haben jetzt sicher Super-Karten bei den Schüler*innen der Axel-Bruns-Schule (BBS II). Und die Polizei wundert sich tatsächlich über ihr „Image“-Problem bei Jugendlichen? Tatsächlich?

Aus einer Pressemitteilung der Polizei vom 1.10.2020:

Polizei sagt Drogenszene den Kampf an – Schüler-Kontrollen in der BBS II brachten Drogenfunde zu Tage

Drogenfahnder haben heute mit starken Kräften in Zusammenarbeit mit dem Präventionsteam der Polizei Celle die Schüler mehrerer Klassen der BBS II im Lönsweg während des laufenden Unterrichtes stichprobenartig kontrolliert. Die mit der Schulleitung im Vorfeld abgesprochene Maßnahme diente erster Linie der Prävention im Kampf gegen die Drogenkriminalität. [...]

Festgestellt wurden sechs Verdachtsfälle wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz. In drei Fällen erfolgte eine Strafanzeige [...]

Der Schulleiter begleitete die Überprüfungen und wies die Jugendlichen eindringlich daraufhin, dass das Auffinden von Betäubungsmitteln in mehrfacher Hinsicht Konsequenzen hat. So sind nicht nur strafrechtliche Schritte durch die Polizei die Folge. Vor allem schmerzlich spürbar dürften sich schulinterne Sanktionen wie die Suspendierung von Unterricht, die Benachrichtigung der Ausbildungsbetriebe durch die Schule und im schlimmsten Fall der Verlust des Ausbildungsplatzes für die Jugendlichen auswirken. [...]

Demokratie leben! - Projektauftrag 2021

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geht weiter. Für Celle werden im Förderjahr 2021, vorbehaltlich der Bewilligung, 125.000 Euro zur Verfügung gestellt. Bis Sonntag, 15. November 2020, können Anträge eingereicht werden, die das Engagement für Demokratie weiter stärken sollen.

Mitmachen können Jugendverbände, freie Träger der Jugendhilfe, Migrantenorganisationen, Sportvereine, Fördervereine von Schulen und Kindertagesstätten, Bildungs- und Qualifizierungsträger, gemeinnützige GmbH, Stiftungen, kulturelle Einrichtungen und sonstige gemeinnützige Vereine. Diese können Einzelprojekte beantragen, die jeweils mit bis zu 3.000 Euro gefördert werden.

Das Antragsformular ist im Internet unter www.dl-celle.de unter Downloads abzurufen. Anträge müssen bis Sonntag, 15. November 2020, auf dem Postweg bei der CD Kaserne gGmbH, „Demokratie leben!“, Hannoversche Str. 30 B, 29221 Celle, und auch verpflichtend in digitaler Version, per E-Mail an demokratie-leben@cd-kaserne.de eingereicht werden. Nur Projektanträge, die wie beschrieben und fristgerecht eingehen, können berücksichtigt werden.

Weitere Informationen unter: www.dl-celle.de.



Für die Jugend!

Gerüchten zufolge plant die Stadtverwaltung in einer groß angelegten Tourismus- und Jugendoffensive, den seit Jahren ruhenden Wakeboard-Betrieb auf dem Schloßgraben wieder aufzunehmen.

Foto: Wakeboarden aufm Schloßgraben (2016)



Dieses herzerliebteste, knapp zwei Quadratmeter große Fleckchen befindet sich am Landessozialgericht. Unter BIENENWIESE steht auf dem Schild: Inspiriert von der Aktion "Celle blüht auf"

BI will Messungen statt Vermutungen

Vertreter der Bürgerinitiative Umwelt Wathlingen haben vor einigen Wochen den niedersächsischen Wirtschaftsminister Dr. Althusmann anlässlich seines inoffiziellen Besuches an der Kalihalde Wathlingen auf die dort von der Firma K+S geplante Haldenabdeckung angesprochen. *„Obwohl wir nicht eingeladen waren, haben wir dem Minister vor Ort und in einem anschließenden Schreiben unsere schwerwiegenden Bedenken und die Mängel des Vorhabens der Firma K+S dargelegt“*, berichtet Holger Müller von der BI Umwelt Wathlingen. Nachdem dieses Schreiben dem LBEG (Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie) als Genehmigungsbehörde zur Beantwortung vorgelegt worden sei, habe die BI am 01.09.2020 eine Antwort erhalten.

„Zusammenfassend müssen wir feststellen, dass sich das LBEG bezüglich der nahezu vollständig aus Kochsalz bestehenden Halde und ihres Kontaktes zum Grundwasser weiterhin auf bloße Annahmen und Vermutungen beschränkt“, kritisiert Müller. Er weist darauf hin, dass die untere Wasserbehörde des Landkreises Celle das bereits mehrfach bemängelt habe. *„Mitarbeiter haben das LBEG im Erörterungstermin nachdrücklich aufgefordert, die Annahmen durch Messungen zu ergänzen.“*

Wolfgang Tannenber, Geschäftsführender Vorstand des Landesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz, zeigt sich entsetzt, *„dass das LBEG offenbar jegliche Angaben und Gutachten der Antragstellerin K+S - ohne kritische Prüfung - übernimmt. Schlimmer noch, es verfestigt sich der Eindruck, dass seitens des LBEG in Wathlingen mit verfälschten Darstellungen, Berechnungen und Gutachten aktiv versucht wird, zu verwirren und eine Aufklärung mit allen Mitteln zu verhindern. Darüber hinaus ist es offenbar Praxis des LBEG, Anträge auf Zugang zu Umweltinformationen trotz des gesetzlichen Anspruches - regelmäßig - ins Leere laufen zu lassen.“*

„Jede Art von Untersuchung der Halde selbst und des Bereiches unter bzw. in der Nähe der Halde und damit erforderliche sogenannte Gefahrforschungsmaßnahmen bezüglich der Haldenauflösung werden ohne stichhaltige Begründung verweigert“, kritisiert Ulrich Schmiersow vom landesweit aktiven Aktionskreis Kali und Salz. *„So gibt es bis heute keine Haldenwasserbilanz zur Klärung des Salzeintrages in den Boden unter der Halde, obwohl eine solche Untersuchung von einem Gutachter des Landes bereits 1990 empfohlen worden ist. Stichhaltige Hinweise auf eine dauernde Beeinträchtigung des Grundwassers durch Salzeintrag von der Halde werden ignoriert.“* Nach Überzeugung von Müller, Tannenber und Schmiersow sind das LBEG und seine Mitarbeiter*innen aufgrund jahrzehntelanger Untätigkeit offenbar schon lange nicht mehr frei in ihren Entscheidungen zu der Kalihaldenabdeckung in Wathlingen

und anderswo. Die Drei fordern einen sofortigen Stopp des Planfeststellungsverfahrens.

In Wathlingen komme erschwerend hinzu, dass nach dem Erörterungstermin überstürzt die vorzeitige Errichtung der sogenannten Recyclinganlage genehmigt worden ist und von der Firma K+S schon viele Millionen Euro verbaut worden sind. Dabei hätten die Erfolgsaussichten des Antrages auf Haldenabdeckung - auch im Interesse der Firma – erst einmal sorgfältig geprüft werden müssen. Das aber hat das LBEG nach Kenntnis der drei aber nicht getan. *„Im Falle Wathlingens dürfen mögliche Schadenersatzansprüche von K+S keinesfalls dazu führen, dass das Projekt auf Biegen und Brechen durchgesetzt wird.“*



Müller, Tannenber und Schmiersow sehen beim LBEG über Mängel im Planfeststellungsverfahren Haldenabdeckung Wathlingen hinaus schwerwiegende strukturelle Mängel und fordern vom Wirtschaftsminister als Fachaufsicht, diese unverzüglich abzustellen. Der Schriftverkehr zwischen Wirtschaftsminister Althusmann bzw. LBEG und Bürgerinitiative Umwelt Wathlingen ist einsehbar unter www.biuw.de

In unserem Artikel „K+S kassiert, den Schaden trägt die Allgemeinheit“ im letzten Heft hat sich auf Seite 22 ein Fehler eingeschlichen: Statt 70.000 Mio. t Haldenabwässer muss es dort entweder heißen 70 Mio. Liter oder 70.000 m³ .

Was geht mit der Gotischen Halle?

Großes Thema in der Kunstschaffendenszene sind z.Zt. die Gedankenspiele der Verwaltung zu einer Umnutzung der bis dahin seit Jahrzehnten für Gegenwartsausstellungen genutzten Gotischen Halle im Celler Schloß.

Dazu befragte revista den in Celle lebenden und arbeitenden Künstler Horst G. Brune.

?: *Herr Brune, wann haben Sie von dieser Geschichte um die Gotische Halle erfahren, die ja, vor allem in Künstler*innenkreisen, mit ungläubigem Staunen aufgenommen wurde?*

!!: Noch bevor die Verwaltung an die beiden Kunstvereine, den bbk und den Kunstverein, die mit ihren Ausstellungen ca. 80 % der Gotischen Halle belegen, herangetreten ist, habe ich davon aus dem Neuen Rathaus erfahren und konnte es nicht glauben, dass der Verwaltungschef seine Fürsorgepflicht gegenüber den Künstler*innen, gerade in den Zeiten der Pandemie, geradezu sträflich vernachlässigt. Mit einer Umnutzung brähe auch noch die letzte Möglichkeit weg, in dieser einzigartigen, geschichtsträchtigen Halle zwischen Hannover, Bremen und Hamburg, Gegenwartskunst zu präsentieren.

?: *Wieviel Besucher*innen kommen da denn so pro Ausstellung?*

!!: Also es sind immer mindestens 3000, von denen ca. 1/3 anschließend das Schloss und das Residenzmuseum besuchen. Die Leute reisen von Hamburg, Bremen und Hannover an und würden, käme es zu einer Umnutzung, höchstwahrscheinlich zuhause bleiben bzw. woanders hinfahren.

?: *Haben Sie in Erfahrung bringen können, wer stattdessen in die Gotische Halle einziehen soll?*

!!: Also einmal soll die Kasse fürs Residenzmuseum, die sich bislang ja gegenüber in der Gewölbehalle befindet, und die erst kürzlich in neue Räume in der Schuhstraße eingezogene Theaterkasse dort unterkommen. Und - kaum zu fassen! - die CTM, die im Alten Rathaus in der Tourist-Information sitzt, um u.a. in der Gotischen Halle einen Devotionalienshop zu betreiben.

?: *Wo würde dann der Kunstverein Celle und der bbk Celle in Zukunft ausstellen?*

!!: Der Vorsitzende des Kunstvereins hat schon mal in einer der letzten Ratssitzungen angekündigt, sollte es zu dieser Umnutzung bzw. Wegfall dieser Ausstellungsmöglichkeit kommen, löste sich der in ganz Deutschland bekannte Celler Kunstverein auf. Die Verwaltung hat als Alternative die extrem dunkle, klaustrophobisch anmutende Gewölbehalle angeboten.

?: *Was sagen die direkt betroffenen Künst-*

*ler*innen?*

!!: Die sind damit überhaupt garnicht einverstanden, weil es weder einen barrierefreien Zugang gibt, noch ließen sich wegen des Gewölbes und der Raumhöhe große Werke, wie z.Zt. in der aktuellen Ausstellung „Sie befinden sich hier“ zu sehen, auf gar keinen Fall präsentieren. Die Gotische ist eben einzigartig und nicht ersetzbar, und der Gedanke, hier einen Merchandising- und Devotionalienshop einzurichten, geradezu gruselig.

?: *Was wäre Ihre Vorstellung davon, wie es für alle Beteiligten konstruktiv weitergehen könnte?*

!!: Offene und transparente gemeinsame Gespräche über das weitere Vorgehen, bevor, gewissermaßen als nüchterner Verwaltungsakt, einsam von oben herab entschieden wird.

!!: Herr Brune, wir danken für dieses Gespräch!

Bis zum 28. November 2020 läuft in der Gotischen Halle noch die sehenswerte Ausstellung des Kunstvereins Celle „Sie befinden sich hier“ - Öffnungszeiten Di-So 12- 16 Uhr. Der Eintritt ist frei.



H.G. Brune, „Brotlose Kunst“, Acryl auf Leinwand, 2020

Rheinmetall bildet in Jordanien aus

Aktuell wirbt Rheinmetall auf der eigenen Website damit, das jordanische Militär auch taktisch auszubilden: „Im Rahmen des Programms der Bundesregierung zur Ertüchtigung der Streitkräfte Jordaniens hat Rheinmetall die Soldaten des Königreichs umfassend am Schützenpanzer Marder 1A3 ausgebildet. Erstmals wurde dabei neben der technischen auch die taktische Ausbildung auf Kompanieebene durchgeführt.“ Genauer gesagt, wurden „Zugführer und Kommandant mit dem Ziel [ausgebildet], das Gelände „zu lesen“, um es so für die eigenen taktischen Bewegungen optimal nutzen zu können.“ Dies ist eigentlich die Aufgabe der Bundeswehr, doch „aufgrund mangelnder eigener Kapazitäten“ hat diese den privaten Rüstungskonzern Rheinmetall damit beauftragt: „Hierzu waren bis zu acht Rheinmetaller und externe Berater – ehemalige Bundeswehrsoldaten mit den erforderlichen Qualifikationen für solches Technik- und Taktik-Training – vor Ort.“

Mittlerweile gehört die Soldat*innenausbildung an den eigens (teil)produzierten Geräten zu Rheinmetalls Repertoire – im Jahr 2019 führte der Rüstungskonzern über 25 Ausbildungsprojekte durch. Doch die nun erfolgende Ausbildung des jordanischen Militärs „markiert dabei für Rheinmetall einen Meilenstein.“ Stolz erklärt Rheinmetall: „Zum ersten Mal wurde ein Unternehmen von der Bundeswehr beauftragt, eine Kompanie zu schulen, sich taktisch zweckmäßig in dynamischen Fahrzeugformationen – etwa raupenartiges oder überschlagenes Vorgehen oder Breitkeil – im Gelände zu bewegen und in verschiedenen Szenarien lageangepasst zu agieren. Hierzu gehörte auch das Verfahren des „Wadi-Clearing“. Diese besondere Kampfweise zum Nehmen und Kontrollieren meist ausgetrockneter Flussläufe ergibt sich aus der örtlichen Geographie und stellt hohe Anforderungen an Mensch und Material.“ Bedenkt man allein die zunächst brutale Niederschlagung des einmonatigen Streiks der größten unabhängigen Gewerkschaft des Landes, der Lehrer*innengewerkschaft, bei der im Juli 2020 rund 1.000 Lehrer*innen verhaftet wurden, bevor die Regierung Eingeständnisse machte, ist die sogenannte „Ertüchtigung“ des Militärs durch die Bundeswehr und nun auch durch den größten Rüstungskonzern mit Sitz in Deutschland eine erschreckende Entwicklung. (ja)

Quelle: IMI-Aktuell 2020/667 von: 8. Oktober 2020

Corona-Kohle für Rheinmetall

Aus Mitteln des coronabedingten Konjunktur- und Krisenbewältigungspaketes der Bundesregierung kann die Bundeswehr 1.000 neuen ungeschützten Lkws im Wert von rund 398 Millionen Euro beschaffen. Profiteur: Der Rheinmetall-Konzern.

Die Bundeswehr ist begeistert: „Die Fahrzeuge zeichnen sich durch eine große Robustheit, ihre Geländegängigkeit und besondere militärische Ausstattungen aus. Sie dienen unterschiedlichen Aufgaben, etwa dem Transport von Stückgut, Munition, Betriebsstoffen, Kabinen oder Containern. Damit werden nicht nur die bestehenden Transportfahrzeuge aus den 1970er-Jahren ausgetauscht, sondern auch die Beweglichkeit der Streitkräfte verbessert.“

Daneben sollen aus dem Corona-Konjunkturpaket 1.850 Wechselpritschen für 48 Millionen Euro beschafft werden. Und auch hier belehrt die Bundeswehr: „Eine Wechselpritsche ist ein genormter und austauschbarer Ladungsträger, der nicht fest mit dem Fahrzeug verbunden ist. Für die Truppe reduziert sich damit die Zeit bei Lade- und Entladevorgängen sowie ihre Flexibilität erheblich.“



Mit Klang und Schall -

entwaffnet Rheinmetall!

Im vergangenen August blockierte das Netzwerk "lebenslaute - klassische musik, politische aktion" unter dem Motto "Mit Klang und Schall - entwaffnet Rheinmetall!" für etliche Stunden diese Stätte der Rüstungsproduktion in Unterlüss / Südheide.

Der Filmemacher Thomas Deubner begleitete die Aktionen, die nicht zuletzt durch die Corona-Bedingungen besonders waren. Sein Film geht dabei nicht nur auf die Blockade und ihre Vorbereitung ein, als vielmehr auch auf die Art und Weise, wie die Aktivist*innen von Lebenslaute für sich und kollektiv das Verhältnis von Widerstand und Musik begreifen und leben.

Man kann sich den Film unter dem Vimeo-Link <https://vimeo.com/464923902> kostenlos anschauen.

Eschede – was wird aus dem NPD-Hof?

Im letzten Jahr war allerhand Bewegung in Bezug auf den NPD-Hof. Nachdem der Verkauf des Hofes an den NPD-Landesverband von den politisch Verantwortlichen klammheimlich durchgewunken wurde, erstarkte der Widerstand gegen das Nazizentrum. So kann wohl das Problem nicht mehr ausgesessen werden. Das Escheder Bündnis gegen Rechts hat inzwischen ca. 50 Mitstreiter*innen, die Grünen haben im Landtag erneut einen Anfrage (siehe Seite 26) gestellt, das Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus hat zusammen mit den Escheder Bündnis gegen Rechts und dem Celler Forum gegen Rechtsextremismus einen offenen Brief in Form einer Resolution an Innenminister Boris Pistorius formuliert (<http://chnng.it/YhS75pZrxt>). Pistorius will im November nach Eschede kommen, um sich selber einen Eindruck vor Ort zu verschaffen und mit Vertreter*innen der Bündnisse gegen Rechts sprechen.

revista hat mit zwei Leuten vom Celler Forum über die aktuelle Entwicklung gesprochen.

??: *Ihr seid beide schon recht lange beim Celler Forum und beschäftigt Euch mit den Vorgängen auf dem NPD-Hof. Meint Ihr, dass Eure jahrelangen Aktivitäten in Eschede jetzt Früchte tragen können?*

A: Wir werden sehen. Zumindest ist Bewegung in die Angelegenheit gekommen. Wobei ich schon heftige Kritik daran habe, dass in Eschede fast 30 Jahre geschlafen wurde. Es gab zwar hier und da einzelne Versuche, sich mit dem Problem zu befassen, aber kein mir erkennbares Konzept, geschweige denn ein langfristiges. Die aktuelle Resolution des Escheder Rats ist dafür symptomatisch: Es wird nur von anderen gefordert und nicht erklärt, was die Gemeinde Eschede zu tun gedenkt.

??: *Hat der Verkauf des Hofes zu dem „Aufwachen“ geführt?*

B: Das sieht so aus, wobei ich mich schon frage, was sich eigentlich geändert hat. Seit nahezu 30 Jahren treffen sich Nazis dort, es gab u.a. ein Nazikonzert mit 600 Teilnehmenden, bei dem nur halbherzig kontrolliert wurde. So wurden indizierte Tonträger nicht beschlagnahmt, sondern nur die Kartons zugeklebt. Manfred Börm, ein verurteilter Neonazi, hatte 2016 einen langfristigen Pachtvertrag für das Außengelände des Nazihofs abgeschlossen. Wo war denn da der öffentliche Aufschrei? Ist die Empörung in Eschede im Moment nur so groß, weil sechs bis neuen Nazis durchs Dorf laufen? Es ist doch wohl viel schlimmer, dass sie sich ungestört und unbehelligt auf ihrem Hof treffen und vernetzen können.

??: *Was sollten denn die politisch Verantwortlichen Eurer Meinung nach machen?*

A: Sie sollten langfristige Konzepte entwickeln und

nicht nur kommen und handeln, wenn es gerade opportun ist. Das Thema Kindeswohlgefährdung z.B. haben wir schon häufig angesprochen. Nach wie vor finden wir es mehr als problematisch, wenn Kinder und Jugendliche bei den Zusammenkünften der Nazis auf dem NPD-Hof der Indoktrination ausgesetzt werden.

Auch sollten die Behörden genau prüfen, was auf dem Gelände erlaubt ist und was nicht. So stellt sich z.B. die Frage, ob dieser hohe Zaun baurechtlich zulässig und ortsüblich ist.



Und noch skandalöser: Der Neonazi Weigler forderte auf der Nazidemo in diesem Sommer, dass die Polizei ihre Schusswaffen einsetzen sollte gegen die Menschen, die den Naziumzug blockierten. Das habe ich selber gehört, und bestimmt nicht als einziger. Warum hat so eine Aussage keine Konsequenzen. Im Gegenteil, Weigler war im Herbst wieder Anmelder und Demonstrationsleiter bei dem NPD-Aufmarsch in Eschede. So was geht doch gar nicht!

B: Besonders widersinnig ist, dass eben diese NPD'ler andererseits das Recht für sich in Anspruch nehmen wollen, das Recht eines Staates, den sie abschaffen wollen. So wurde von der Polizei bei der Herbstdemo kolportiert, dass die Nazis gerichtlich prüfen lassen wollen, dass unsere Kundgebung vor dem NPD-Hof wirklich 150 Meter entfernt ist. Sie sollten wissen, dass die Entfernung nicht das einzige Kriterium ist, das andere und wichtigere ist, dass das Gericht unserem Anliegen in Hör- und Sichtweite des Hofes zu demonstrieren mit seinem Urteil entsprochen hat.

??: *Wie geht es jetzt weiter mit dem NPD-Hof und Eurem Widerstand?*

B: Wahrscheinlich geht es weiter, wie gehabt. Wir werden das Treiben weiterhin öffentlich thematisieren, wir werden unser Demonstrationen vor dem NPD-Hof durchführen bis die Nazitreffen auf dem Hof ein Ende

haben. Dass wir einen langen Atem haben, haben wir bereits in Hetendorf und in Gerhus bewiesen.

A: Wir sind auch durchaus bereit für breite Bündnisse, allerdings gibt es für uns Grenzen. Wenn sich ein Adasch [CDU Landtagsabgeordneter, die Red.] hinstellt und so tut, als wäre er schon ewig am Widerstand gegen die Nazitreffen beteiligt, dann müssen wir schon Position beziehen. Zum einen stimmte es nicht, zum anderen ist er für uns kein Bündnispartner. „*Besondere Sorge bereitet (ihm) die Entwicklung des Linksextremismus.*“ So äußerte er sich letztes Jahr bei CelleHeute. Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, dass er in Eschede nicht war, um sich gegen Nazis zu positionieren, sondern um zu schauen, was die von ihm ausgemachten Feinde, die „Linksextremisten“, in Eschede so machen.

B: Auch Gegenöffentlichkeit zur bürgerlichen Presse ist weiterhin ein Thema, denn in der CZ wird im Vorfeld von anstehenden Demonstrationen gegen Nazis „Gewalt“ herbeifabuliert und ein „heißes Wochenende“ heraufbeschworen. Das nervt und entspricht nicht der Realität. Dem muss unbedingt etwas entgegen gesetzt werden.

A: Und wir werden uns weiterhin gegen die Spaltung von Antifa und bürgerlichen Widerstand stellen. Es ist unredlich, sich – wie letzten Winter – klammheimlich oder offen darüber zu freuen, dass die Nazis ihre Demo durch Eschede nicht durchführen konnten, sich aber andererseits von den Aktionsformen der Antifa zu distanzieren. Blockaden sind keine Straftat, sondern ein legales Mittel der Unmutsbekundung und unterliegen als Spontankundgebung dem Schutz des Versammlungsrechts. Wenn die Leute vor Ort es ernst meint damit, dass sie ein Ende der Nazitreffen in Eschede haben möchten, sollten sie, statt sich zu distanzieren, den Antifaschist*innen dankbar sein, dass sie so konsequent an dem Thema arbeiten durch Demos, Recherche, Öffentlichkeitsarbeit. So bleibt das Thema auf der „Tagungsordnung“.



Sebastian Weigler, Vorsitzender der Jungen Nationaldemokraten NDS, am 26.09.2020 in Eschede

?: Was liegt Euch noch am Herzen?

B: Antifaschistischer Widerstand ist keine Straftat, sondern Bürgerpflicht. Dem braunen Spuk in Eschede und anderswo müssen wir entschlossen mit klarer Kante entgegen treten.

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung gemäß § 46 Abs. 1 GO LT

NPD-Hof in Eschede - Wie konnte der Verkauf unbemerkt stattfinden?

[...] Lagen der Landesregierung und ihren Sicherheitsbehörden, insbesondere dem Beauftragten für Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund, vor dem Verkauf des Hofes Nahtz Erkenntnisse vor, dass ein solcher Verkauf geplant sein könnte?

Ist der Landesregierung und ihren Sicherheitsbehörden, insbesondere dem Beauftragten für Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund, die Aussage vom NPD-Parteitag bekannt, dass bereits im Juni 2018 davon die Rede war, dass das Problem der Veranstaltungsräume für die NPD „bis zum nächsten Jahr zu lösen“ sei?

Falls 1 und/oder 2 zutreffend ist: Haben die Landesregierung und ihre Sicherheitsbehörden, insbesondere der Beauftragte für Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund, Maßnahmen eingeleitet, um zu prüfen, ob ein Verkauf verhindert werden kann?

Gab es bereits vor dem Verkauf eine Kontaktaufnahme des Beauftragten für Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund mit der Gemeinde Eschede und/oder dem Landkreis Celle? Falls ja, wann? Falls nein, warum nicht?

Wem gehört der Hof Nahtz? [...]

Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die in der Vorbemerkung angesprochene Errichtung eines „Gemeindezentrums“?

Welche Umbaumaßnahmen sind nach ihren Informationen geplant oder haben bereits seit Oktober 2019 stattgefunden?

Sind Umbaumaßnahmen geplant, die genehmigungspflichtig sind? Falls ja, welche? Wie ist der Stand der Genehmigungen?

Haben Landkreis und Gemeinde vor dem Verkauf Kenntnis darüber erhalten, dass ein Verkauf angestrebt wurde?

Haben Verwaltungsakte im Vorhinein des Verkaufes stattgefunden, die auf einen Verkauf des Hofes hingewiesen haben? Falls ja, welche und zu welchem Zeitpunkt?

Wann hat die Gemeinde von dem Verkauf erfahren?

Wann und auf welchem Weg erfahren Gemeinden von einem Immobilienverkauf?

Wann hat der Landkreis von dem Verkauf erfahren?

Wann und auf welchem Weg erfahren Landkreise von einem Immobilienverkauf?

Worauf stützt sich die Einschätzung des Immobilienbeauftragten, dass der Verkauf nicht zu verhindern war?

Zu welchem Zeitpunkt wurde diese Einschätzung getroffen?

Plant die Landesregierung Maßnahmen, dass ein solcher Verkauf in Zukunft zu verhindern wäre? Falls ja, welche? Falls nein, warum nicht?

Extrawurst und Furor in Halle 19

Schlau haben die vom Schlosstheater das gemacht in der Halle 19; das Publikum bekam einen neuen, separaten Eingang, die Distanz im Publikum untereinander ist ordentlich groß, auch die zu den Darsteller*innen - und die der Bühnenmenschen untereinander ebenfalls.

Es passt sicher nicht auf jedes Bühnenstück, die gesamte Breite der Bühne zu bespielen, - nutzt aber geschickt den Trick, dass Entfernung im Raum Intimität in der Beziehung der Figuren unterstreicht.



Zunächst ging dieses Arrangement bei **Extrawurst** auch voll auf: In einer Dominostein-Kaskade – hier wäre mehr Tempo gar nicht von Nachteil gewesen – offenbaren die Protagonist*Innen ihre verschiedenen „Ismen“, und wir sehen die Mitglieder und den Vorstand eines Allerwelts-Tennisclubs über die Fallstricke des Widerspruchs zwischen Selbstbild und realem Sozialverhalten taumeln. Schlicht ist die Ausgangslage: Der Verein benötigt einen neuen Grill für die Festlichkeiten; -- aber essen wirklich Alle Schweinefleisch? Brauchen wir einen separat-Grill, auch wenn der Türke des Vereins - und Clubmeister! - gar keine Extra-Wurst haben möchte? Und wer hat hierbei etwas beizutragen? Weiß denn der *Deutsche* etwa nicht viel besser, was der *Türke* möchte? - - Und alsbald kreuzen sich Platituden a la:

Ich habe gar nichts gegen Türken, aber ...

Das wird man ja wohl noch sagen dürfen ...

Meine Frau darf tun, was sie möchte, nur allzu viel Umarmen ...

Ich meine ja nur ...

Wo kommen wir denn da hin ... / ist doch so!

Extrawurst läuft noch um Weihnachten herum und ist schon allein der bravourösen Leistung Thomas Wenzels als pseudosouveränem Vereinsvorsitzenden wegen ein theatraler Hochgenuss!

Bei der Premiere lief – was Wunder unter den Bedingungen – nicht alles vollständig rund. Andreas Döring spielt geistesgegenwärtig, bezieht das Publikum mit ein („Warum haben Sie den Vorsitzenden nicht aufgehalten?“), den rechtsdrehenden zweiten Vorsitzenden, erfreut sich seines Spiels aber privatim zwischendurch auch

sichtlich. Fehmi Göklü, der ein überraschendes „Coming out“ überzeugend abliefert; die flinke Anne Diemer, die ihre Frustrations-Performance gekonnt durchlebt; und insbesondere Fridtjof Bundel als deren blasser Ehemann hielten da nicht immer ganz mit. Dennoch: ein kluges Theaterstück, das uns das Lachen dankenswerterweise doch ein ums andere Mal etwas gequält aus dem Halse kommen ließ und dazu insgesamt eine rundum erfreuliche Darbietung machen **Extrawurst** als Studie der gegenwärtigen Befindlichkeit des alltagsdeutschen Gutmenschen zu einem lohnenswerten Theaterbesuch.

Ausblick auf Furor - Premiere am 6.11. in der Halle 19

Der zunächst aus der Buchhaltung stammende Begriff der Willkürfreiheit, er findet nun zunehmend Einzug in den sozialpsychologischen Diskurs. Die offene Gesellschaft und ihre Parasiten bzw. was ist erlaubt? Bedeutet Freiheit nun: Alles, was wir tun und sagen können, dürfen wir auch tun? Ist einfach alles erlaubt? Und wo gibt es Begrenzungen IN der Freiheit? Wo beginnt die individuelle Willkür?

Das diskutieren Lutz Hübner und Sara Nemitz in **Furor**, einem gerade zwei Jahre altem Schauspiel. Das Erfolgsduo lässt einen dieser jungen „Querdenker“ und Politikverdrossenen, einen der – vermeintlich – Abgehängten einerseits sowie andererseits einen Berufspolitiker, einen Ministerialdirigenten, der zudem noch eine Wahl vor sich hat, aufeinandertreffen.

Der Mittfünfziger Braubach und der Endzwanziger Jerome. Jerome ist der Cousin des bei einem von Brau-



Fehmi Göklü, Anne Diemer, Andreas Döring, Thomas Wenzel, Foto: Hubertus Blume



Anne Diemer, Thomas Wenzel, Andreas Döring, Fridtjof Bundel, Foto: Hubertus Blume

bach nicht zu verantwortendem Verkehrsunfall schwerstverletzten Enno. Zu Beginn des Abends erleben wir ein Treffen von Ennos Mutter Nele mit Braubach, das harmonisch verläuft: Braubach bietet der Frau seine Hilfe an, und obwohl Nele zunächst skeptisch ist (Warum tut dieser Mensch das? Was will er damit erreichen?), ist eine Einigung in Reichweite. Das Einvernehmen endet jedoch abrupt, als Jerome auftaucht und Braubach mit Fragen und Recherchen aus dem Internet konfrontiert: War der Unfallhergang gar nicht so eindeutig, wie SEINE Polizei das behauptet, ist Braubach doch nur gekommen, um das eigene Gewissen zu beruhigen, ist dieser ganze Goodwill-Coup zuletzt nur eine PR-Aktion für die Wahl zum Oberbürgermeister, und in welchem Umfang hat so ein Mitglied des Establishments, des SYSTEMS, heute nicht sogar auch die LÜGENPRESSE auf seiner Seite?



Die Stimmung lädt sich auf, es kommt zu Handgreiflichkeiten ...

Halt: - Ist Jerome lediglich der verstrahlte Pöbler, Pegida-affin und resistent gegenüber rationalen Argumenten? Ist Braubach demgegenüber nur der Politprofi, ein wenig überdurchschnittlich mit Empathie begabt?

Wie Martin Kindervater in der Regie sowie Johanna Marx, Dino Nolting und Fridtjof Bundel als Spieler*innen das Stück gedeutet haben, werden wir bis Mitte Januar in der Halle 19 erleben.

GEPUNKT

Extrawurst am 18.12., 28.12., 29.12., 30.12., 9.1.

Furor im November am 6., 7., 12., 13., 14., 19., 20., 21., 27., 28. sowie im Dezember am 3., 4., 5., 11., 12., 16. und 17.

Die Preise in Halle 19 sind: Tagespreis 22,00 / Schüler*innen bis 20 Jahre 7,00 / älter Schüler*innen, Studierende und Azubis 13,00.

Ermäßigungen für SGB II, SGB XII und AsylbLG gibt's leider nur für die Hauptbühne.

So riechen Merkur, Venus und Mars

Ausstellung Parallel Worlds. Art, Science & Fiction im Kunstmuseum Celle mit Sammlung Robert Simon

Kaum zu glauben, aber die Besucher*innen dieser neuen Ausstellung können riechen, welche Aromen Mars, Venus und Merkur verströmen! Oder sie erleben das Landeverhalten virtueller Fliegenschwärme am eigenen Körper, die nämlich die Umrisse des Körpers, wenn er von einer Kamera erfasst wird, dazu angeregt werden, genau auf diesen Umrissen zu landen und so die Silhouette auf einem Bildschirm abbilden.

Soviel ist schon mal sicher: Die Ausstellung ist fesselnd, höchst unterhaltsam, überraschend, lädt zu philosophischen Betrachtungen ein und wenn man möchte, erklären und interpretieren Leute verschiedener Altersgruppen über einen Audioguide, der sich an Ort und Stelle herunterladen lässt, viele der Installationen.

Sehr beeindruckend auch die Serie von 20 Fotos, aufgenommen in den 1970ern in Kalifornien, die weder einen Titel noch irgendwelche technischen Hinweise tragen, aus denen hervorginge, um was für „Versuche“ (?) es sich handeln könnte. Vielleicht sind es auch Entwürfe von Bühnenbildern zu irgendwelchen Stücken, die noch geschrieben werden müssen.



Foto: Helga Griffiths, „Space Souvenirs, 2007/2020

„Für Universalgelehrte wie da Vinci, Leibniz und Goethe stellte es noch keinen Widerspruch zwischen diesen beiden Herangehensweisen dar, Daten und Fakten auf der einen, Fantasie und Fiktion auf der anderen Seite. So nehmen 13 renommierte Künstler*innen die Perspektive künstlerischer Forscher*innen und forschenden Künstler*innen ein und untersuchen Schnittstellen zwischen künstlerischer Kreativität und wissenschaftlicher Methodik. Sie entwickeln ihre Werke auf der Basis von wissenschaftlichen Fragestellungen, Vorgehensweisen und Forschungsergebnissen.“ (Begleittext)

„Forschung passiert nicht nur im Labor, auch im Atelier entstehen verblüffende Erkenntnisse“, so Stefan Törmer, Kurator und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Kunstmuseum Celle. - Also auf jeden Fall hingehen und einen interessanten Tag im Museum verbringen!

Die Ausstellung „parallel worlds. art, science & fiction“ läuft noch bis zum 28. Februar 2021, geöffnet Di-So 11-17 Uhr - Eintritt EUR 8,00/5,00. Die Karte ist 4 Wochen gültig und kann weitergereicht werden; Samstags ab 13 Uhr Eintritt frei.

Die Wehrmacht und die Kaserne Bergen-Hohne

Die Außenstelle „Lernort M.B.89“ ist dank guter Aus-schilderung einfach zu erreichen; sie befindet sich in der Niedersachsen-Kaserne rund einen Kilometer entfernt von der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Die Zufahrt zweigt von der Winsener Straße zwischen der Ortschaft Belsen und der Gedenkstätte ab. Sie führt zu einem Parkplatz, und mit wenigen Schritten erreicht man das hellgestrichene Gebäude mit der Aufschrift „M.B. 89“ über der Eingangstür.

M.B. steht für „Mannschaftsblock“ und ist die alte Bezeichnung der Wehrmacht für das in den 1930er Jahren errichtete Kasernengebäude. Die Ausstellung befindet sich also an einem historischen Ort. Öffnungszeiten: jeweils Donnerstag bis Sonntag von 10 Uhr bis 18 Uhr.

Die Gedenkstätte Bergen-Belsen nutzt dieses Gebäude der Niedersachsen-Kaserne als neuen Lernort. Es verfügt über Seminar- und Gruppenräume für die Bildungsarbeit und Kern des Lernortes ist die Ausstellung **„Aufrüstung, Krieg und Verbrechen. Die Wehrmacht und die Kaserne Bergen-Hohne“**.

Eine Museumspädagogin und ein Student der Leibniz Universität Hannover empfangen im Eingangsbereich freundlich die Besucher*innen, weisen auf die Corona-Regeln hin und stehen bei Fragen hilfreich zur Verfügung, z.B. wie die interaktive Multimedia-Station zu bedienen ist, mit der die Ausstellungsbesucher*innen sich mit der Geschichte von Orten innerhalb der Niedersachsen-Kaserne auseinandersetzen können. Über einen Touchscreen können auf einer Karte Orte angesteuert werden, die auf dem militärischen Gelände sonst nicht zugänglich sind.

Das Gebäude „M.B. 89“ diente von 1940 bis 1945 Wachmannschaften des Kriegsgefangenenlagers Bergen-Belsen als Unterkunft, im April 1945 gehörte es wie die umliegenden Gebäude zum Konzentrationslager und nach der Befreiung lebten in dem Gebäude bis 1950 KZ-Überlebende.

In fünf ehemaligen Unterkunftsräumen wird dokumentiert, in welchem Umfang die Wehrmacht eine tragende Säule des NS-Staates war und welche Rolle sie bei den NS-Verbrechen spielte. Anhand einer Zeitleiste und großen thematischen Ausstellungstafeln kann der geschichtliche Ablauf der Geschehnisse nachverfolgt werden.

Der erste Ausstellungsraum beschäftigt sich mit dem historischen Ort: der Errichtung des Truppen-Übungsplatzes und der Kaserne Bergen-Hohne von 1933 bis 1945.

„Ohne die Kaserne hätte es die Lager an diesem Ort nicht gegeben“, so die Historikerin Katja Seybold, die die Ausstellung mit konzipiert hat.

Die Ausstellung zeigt, dass die Geschichte des Truppenübungsplatzes und der Kaserne Bergen-Hohne untrennbar mit dem Kriegsgefangenenlager und dem KZ Bergen-Belsen verbunden ist. Die Massengräber Zehntausender Toten rund um die heutige Niedersachsen-Kaserne zeugen davon.

In den Räumen 2 – 4 geht es um die Wehrmacht und vor allem um die Verbrechen der Wehrmacht – chronologisch gegliedert in:





Aufrüstung und Kriegsvorbereitung 1933 – 1939

Anhand zahlreicher Fotos und Dokumente wird hier verdeutlicht, dass Krieg und Verbrechen von Beginn der NS-Herrschaft an geplant waren. Gezeigt wird auch die enge Verzahnung der Wehrmacht mit dem verbrecherischen NS-Staat.

Die Ausstellung dokumentiert, wie die 1935 wieder eingeführte Wehrpflicht den endgültigen Übergang von der Reichswehr zur nationalsozialistischen Wehrmacht markiert und gibt einen Überblick über die Militarisierung und Aufrüstung und das nationalsozialistische Gedankengut in der Wehrmacht.

Der Krieg. Wehrmacht und Verbrechen 1939 – 1945

In diesem Abschnitt zeigt die Ausstellung in einem breiten Spektrum von Bild- und Textquellen die Beteiligung der Wehrmachtssoldaten an der Ermordung insbesondere sowjetischer Kriegsgefangenen, Juden, Roma und Sinti und Zivilbevölkerung (Partisanen).

Als Beispiel ist in einem „Bericht über die Erschießung von Juden und Zigeunern“ in Serbien vom

01.11.1941 des Oberstleutnant Walther nachzulesen, wie er detailliert den Ablauf der Erschießung beschreibt, u.a. heißt es hier: „*das Ausheben der Gruben nimmt den größten Teil der Zeit in Anspruch, während das Erschießen selbst sehr schnell geht (100 Mann in 40 Minuten).*“

Auch erfahren die Besucher*innen, dass ab 1944 die Hälfte der Wachmannschaften in den Konzentrationslagern von der Wehrmacht kamen.

Mehr als 52.000 KZ-Häftlinge und rund 20.000 Kriegsgefangene starben in Bergen-Belsen.

In Raum 5 wird der Umgang der deutschen Gesellschaft und der Bundeswehr mit dem historischen Erbe thematisiert:

Schwieriges Erbe. Die Wehrmacht in der deutschen Erinnerung seit 1945 ...

Lange Zeit herrschte in der deutschen Bevölkerung und der Bundeswehr eine unkritische Haltung zur Geschichte der Wehrmacht. Vielen galt sie im Gegensatz zur verbrecherischen SS als „sauber“. Die erste Wehrmachtsausstellung von 1995, die den Mythos von der sauberen Wehrmacht widerlegte, entfachte eine heftige öffentliche Debatte und trug dazu bei, dass sich das öffentliche Bild von der Wehrmacht deutlich änderte.

... und in Bergen 2020

Allerdings zeigt das aktuelle Geschehen in der Stadt Bergen bei einigen Ratsmitgliedern eine andere Wahrnehmung der Geschichte. Anlässlich der Erklärung der Stadt Bergen zum Weltfriedenstag (S. 31), die die parteilose Bürgermeisterin Claudia Dettmer-Müller mit dem kürzlich ausgeschiedenen Geschäftsführer der Gedenkstätte Bergen-Belsen, Jens-Christian Wagner, verfasste und auf dem Friedensplatz in Bergen verlas, entfachte sich eine Debatte und ein unwürdiges Gezänk im Rat der Stadt Bergen um den Ratsbeschluss zur Erklärung.

Der Satz: „*Während des Zweiten Weltkrieges haben die SS und Wehrmacht vor unserer Haustür unvorstellbare Verbrechen begangen*“ rief Widerspruch – wie kann es auch anders sein – bei der AfD hervor, die ihrerseits eine unsägliche „Ergänzende Erklärung“ verfasste. Wagner hat die AfD aufgrund dieser Erklärung wegen Volksverhetzung angezeigt.

Aber auch das FDP-Ratsmitglied Hildebrandt, der 12 Jahre Landtagsabgeordneter war, stellte einen Änderungsantrag. Es solle besser „*Teile der Wehrmacht*“ heißen. Auch SPD-Abgeordnete waren mit der Erklärung in der abgegebenen Form nicht einverstanden, und die CDU schlug vor, die Wehrmacht in der Erklärung ganz außen vor zu lassen. Einzig die Grünen zeigen sich irritiert über diese Debatte und äußerten ihr Unverständnis darüber, dass man über diesen Satz geteilter Meinung sein kann.

Die Debatte macht sprach- und fassungslos, und allen Beteiligten ist ein Besuch der Ausstellung „Aufrüstung, Krieg und Verbrechen. Die Wehrmacht und die Kaserne Bergen-Hohne“ sehr zu empfehlen.

Erklärung zum Weltfriedenstag am 21. September 2020 – 75 Jahre Kriegsende

Seit 75 Jahren dürfen wir hier in Bergen und in Deutschland in Frieden leben. Andere Menschen haben nicht so viel Glück. Weltweit erleben wir immer wieder: Friede ist ein kostbares und zerbrechliches Gut und für viele Menschen keine Selbstverständlichkeit. Krieg führt zu Flucht und Vertreibung, zu Trauma und Leid, zu Tod und Zerstörung. Vor 75 Jahren genauso wie heute.

Während des Zweiten Weltkrieges haben SS und Wehrmacht vor unserer Haustür unvorstellbare Verbrechen begangen. Vor 75 Jahren forderten die Überlebenden: „Nie wieder!“ Heute versteht sich Bergen als Stadt des Friedens und der Internationalität. Uns ist bewusst: Was hier geschehen ist, kann jederzeit überall wieder geschehen. Deshalb brauchen wir ein kritisches Geschichtsbewusstsein, brauchen wir die wache Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Folgen, um Frieden und Demokratie zu erhalten.

Frieden zu erhalten ist Arbeit und fängt im Kleinen an. Wir werden unseren Teil dazu beitragen, indem wir einander im Alltag zuhören und die Rechte aller Menschen achten. Indem wir uns in die politische Diskussion einbringen und gesellschaftliches Zusammenleben aktiv und friedlich gestalten. Indem wir die Stimme erheben gegen Fanatismus und Nationalismus. Indem wir aktiv widersprechen, wann immer wir auf Rassismus, Antisemitismus, Vorurteile und Ausgrenzung treffen.

Heute, am Weltfriedenstag, setzen wir ein Zeichen. Gegen die Gleichgültigkeit angesichts von globalen Kriegen. Gegen den zunehmenden Hass auf Fremde und Geflüchtete. Den Verfolgten und Bedrohten, den Verteidiger*innen der Demokratie sagen wir: Ihr seid nicht allein! Wir sind viele und wir sind hier. Wir sind bereit für euch aufzustehen und für euch einzustehen. Friede, Freiheit, Demokratie und Weltoffenheit. Dafür stehen wir ein. Heute und jeden Tag.

gez.

Claudia Dettmar-Müller, Bürgermeisterin der Stadt Bergen

Dr. Jens-Christian Wagner, Geschäftsführer Stiftung niedersächsische Gedenkstätten



Absichtserklärung der Stadt Bergen zur Deklaration als „Sicherer Hafen“

Die Stadt Bergen als „Stadt des Friedens und der Internationalität“ steht ein für Humanität und Solidarität.

Angesichts der massiven humanitären Notlage auf der Insel Lesbos erklären der Rat der Stadt Bergen und die Bürgermeisterin ihre Bereitschaft, im Rahmen der Möglichkeiten Unterkunft für Geflüchtete bereitzustellen, die gerade jetzt – nach dem Brand im Aufnahmelager Moria – mehr denn je Unterstützung brauchen.

Damit wollen wir – unter Berücksichtigung unserer Mittel – einen sicheren Zufluchtsort schaffen. Andere Städte haben dies als „sichere Häfen“ bereits getan. Diesem Beispiel zu folgen ist unsere moralische Pflicht.

Bergen, 15.09.2020

Claudia Dettmar-Müller, Bürgermeisterin

Die Fraktionen von CDU, SPD, WG, FDP, und Bündnis 90/ Die Grünen im Rat der Stadt Bergen

Gedenken an die Pogromnacht

Am 9. November 2020 jährt sich zum 82. Mal die Pogromnacht von 1938. In dieser Nacht brannten in Deutschland 1400 Synagogen, Gebetsräume und jüdische Versammlungsstätten. Mehrere tausend Geschäfte, Wohnungen und jüdische Friedhöfe wurden zerstört oder geschändet.

400 Juden wurden in dieser Nacht ermordet und in den folgenden Tagen 30.000 Juden in Konzentrationslager verschleppt. Dieser Pogrom war der von den Nationalsozialisten lückenlos geplante Übergang von der Diskriminierung und Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung zur systematischen Verfolgung und führte unmittelbar zur Shoah und zur Ermordung von sechs Millionen Juden.

Zum Gedenken an die Pogromnacht verlegt der Künstler Gunter Demnig weitere neun Stolpersteine in Celle. Die Verlegung beginnt um 14.30 an der Synagoge. An den Stolpersteinen verlesen Schüler und Schülerinnen der OBS I die Biografien der Opfer.

###

Im Bunten Haus wird am Mo., 9.11., ab 19 Uhr der Film „!...jetzt sind sie weg!“ Der Judenpogrom in Celle“ von Jens Schramm gezeigt, in dem Zeitzeugen Jahr 1999 ihre Erinnerungen an die Ereignisse der Pogromnacht in Celle am 9./10.11.1938 erzählen. Reinhard Rohde wird eine Einführung geben und anschließend für Fragen zur Verfügung stehen. Wegen Corona ist eine Anmeldung unter info@bunteshaus.de ist sinnvoll.

Kneipen-Quiz am 2. Advent im Bunten Haus

Zum dritten Mal steigt am zweiten Advent (6.12.) um 15 Uhr das revista-Kneipen-Quiz. Da sich unsere Standard-Location nach wie vor im „Mor-Lock-Down“ befindet, weichen wir aus in die Halle des Bunten Hauses.

Vielleicht tut sich dort – des Heimvorteils ledig – das letztjährige Sieger-Team MORLOCK etwas schwerer.

Sie sind als einziges Team gesetzt; denn sie müssen ja den Wanderpokal mitbringen. Alle anderen müssen sich anmelden: Dabei gilt das Windhund-Prinzip – oder anders: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst! Platz ist für weitere fünf Teams.

Für eine Anmeldung ist folgendes erforderlich – ihr müsst euch anmelden mit

- 1.) einem Name für euer Team,
- 2.) der Benennung einer/eines Team-Chefs/Chefin,
- 3.) der vornamentlichen Benennung der weiteren drei Mitspieler*innen.

Die Anmeldung erfolgt per e-mail an:

revista.celle@gmx.de

Worum geht's beim Kneipen-Quiz?

Selbstverständlich um Besserwisserei. Das Sportive: Geraten wird in Teams, die gegeneinander spielen. Bei uns spielen sechs Teams mit je vier Mitspieler*innen. Am Ende liegt vorn, wer die meisten Fragen richtig beantwortet konnte.

Es werden Fragen aus fünf Themenbereichen gestellt. Und zwar:

- a.) **Politik** / b.) **Gesellschaft** / c.) **Celle**

Dazu kommt eine „**Bilder-Runde**“. Hier werden den Teilnehmenden Bilder präsentiert & mit darauf bezogenen Fragen versehen (also z.B. Fotos von Platten-Covern, Fauna & Flora, Sportereignissen usw. usf.).

Und es gibt eine „**Musik-Runde**“. Da müssen dann Musikstücke erkannt werden oder Fragen zu ihnen beantwortet werden.

Zu jedem Komplex gibt's sieben Fragen. Für jede Antwort, die dann auf einen Zettel geschrieben werden muss, haben die Teams eine Minute Zeit.

Nach Beendigung der Runde werden die Zettel eingesammelt und vom Moderator*innen-Team öffentlich „ausgewertet“.

Ach so: Jedes Team kann sich zu Beginn entscheiden, in welcher der fünf Runden sich am Ende seine Punktzahl verdoppeln soll. Und einmal in der jeder Runde kann statt einer eigenen Antwort auf die eines anderen Teams

verwiesen werden.

Das Sieger*innen-Team bekommt am Ende auch einen Preis – aber: Darum geht's ja nicht wirklich, sondern 1.) um Spaß und 2.) um die revista-Solidarität. Und zu 2.) ist es leider erforderlich, dass wir einen Teilnahmebeitrag von 5 Euro pro Person kassieren.

Warme Getränke bringt ihr bitte selbst mit, für kühle ist gesorgt.

Hier fünf Fragen aus dem letzten Jahr:

P2: Für welche Bewegung steht dieses Zeichen?



G4: Welche Vornamen waren die beliebtesten für im vergangenen Jahr geborene Kinder. Nennt entweder den Namen für Mädchen oder für Jungen.

M4: Er komponierte die Musik für die Millennium-Feier in Peking. Wie heißt der Musiker, der seit den 1970er Jahren in Hambühren lebt und produziert?

C6: Nach welchem ehemaligen SS-Untersturmführer ist in Celle eine Straße benannt?

B6: Nenne mindestens 3 der abgebildeten Künstler.



In jeder Runde gibt's auch eine Schätzfrage; Beispiel:
Wie viele Stufen führen auf die Aussichtsebene der Stadtkirche?

In diesem Fall gab es einen Punkt im Bereich +/- 15 und eine Runde PFEFFIs für das Team, das am Nahesten dran war.

Corona-Minigolf-Champion mit 33 Schlägen

Nur sieben Mal gewann eine Bahn gegen eine*n der 14 Teilnehmenden der revista-Minigolf-Open, d.h. 6 Schläge reichten nicht, sie zu bewältigen. 47 mal aber mussten sich die Bahnen mit einem Ass geschlagen geben.

Sieger in diesem Jahr: DETI.

Damit wurden erneut alle Kriterien des *Instituts für absurde Statistik* erfüllt: 1. In ungeraden Jahren gewinnen Frauen, in geraden Jahren Männer. 2. „They will never come back“ - heißt: Bisher konnte ein Titel weder verteidigt werden, noch konnte sich ein*e Gewinner*in ein weiteres Mal den Wanderpokal holen. 3. Wer ganz vorn sein will, muss mindestens 35 oder besser spielen.

1. Deti (33), 2. Moni (37), 3. Dirk (39), 4. Karl (39), 5. Conny (40), 6. Matze, Carsten (43), 8. Thomas (44), 9. Reinhard, Mustafa (45), 11. Wolfgang (47), 12. Horst (54), 13. Uschi (53), 14. Horst (54), 15. Doris (54)

Conny, die letztjährige Siegerin, war mit 16 Schlägen auf den – als schwieriger geltenden – zweiten neun Bahnen die Beste.

Die diesjährige Team-Wertung war ein Kopf-an-Kopf-Rennen, das „Die glorreichen 4“ (Karl, Carsten, Wolfgang und Thomas) mit einem 43er-Schnitt gewann.

Und hier noch das interview mit dem diesjährigen Sieger, das wir noch kurz vor der Ehrung führen konnten:

?: *Wie fühlst du dich als Champion 2020?*

!! *[lässt sich ein Bier reichen und nimmt einen - naja – großen Schluck]:* Ich muss erst mal meinen Flüssigkeitshaushalt ausgleichen, es war eine harte Runde. Wie war die Frage?

?: *Wie fühlst du dich?*

!!: Großartig. Es ist der 17. schönste Tag meines Lebens. Also zwei Plätze nach meiner Geburt, die aktuell auf Platz 15 ist.

?: *Du hast eine - sagen wir - runde Runde gespielt. Und das trotz Handicap.*

!!: Ja, es war nicht einfach mit Maske. Durchgängig war meine Brille beschlagen, ich habe fast nichts gesehen. Ich habe mir immer sagen lassen, an welcher Bahn ich gerade bin. Und dann konnte ich - ähnlich wie der Buntstiftlutscher bei

„Wetten, dass ...“ - beim Abschlag unter der Brille auf den Ball schauen. Das ging schon.

?: *Sieben Asse, aber auch eine "5" auf Bahn 15 ...*

!!: Ja, zu Bahn 15, *[laut und verärgert:]* zu dieser Bahn 15 *[wieder ruhiger]* muss ich mir erst das Video anschauen, um eine Analyse zu machen. Aber ich glaube, es war wichtig, dass ich die ersten neun Bahnen mit 14 erledigt habe. Ich habe extra bei der Bahn 9 zwei Schläge genommen, damit ich nicht bei der 13 lande. Und als ich bei Bahn 13 dann noch ein Ass gespielt habe, wusste ich: Heute ist das "Fliegende Spaghettimonster" auf meiner Seite.

?: *Du bist ja auf dieser Bahn zuhause. Man kennt dich hier als den "Mann mit der Gitarrentasche". Du transportierst deinen privaten Schläger immer in einer Gitarrentasche. Warum?*

!!: Also Gitarre und Minigolfschläger sind meines Erachtens ja schon sehr ähnlich. Für beides braucht man bzw. frau bzw. divers immer beide Hände im Unterschied zum Beispiel zu Biertrinken. Biertrinken, finde ich, geht mit einer Hand besser als mit beiden, sieht auch eleganter aus.

?: *Wie du sicherlich weißt, ist es statistisch fast ausgeschlossen, dass du deinen Titel verteidigen kannst. Auf einen Mann folgt bisher immer eine Frau*

!!: Ich denke, ich werde im nächsten Jahr als „Loretta“ antreten.

?: *Dein alias in deiner Frauen-Doku-Runde.*

!! Ja – so werde ich den Titel verteidigen und dann heißt es, um mal Jimi Hendrix zu zitieren: „Excuse me while I kiss the sky.“





Kino 8 1/2 im November

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr

Do., 05. November, 19.30

Eisenbahn nach Japan Karl Schaper

Regisseur Manfred Bannenberg stellt seinen Film persönlich vor

Das Atelier in Apelstedt, bei Wolfenbüttel, ist das Zentrum, das sich öffnet und den Maler, Bildhauer, Grafiker und Objektkünstler Karl Schaper wieder in seinen Werken sichtbar werden lässt. Der Film zeigt einen Überblick über das große Schaffen des fast vergessenen Künstlers, der in diesem Jahr 100 geworden wäre. Zeitzeugen erinnern an ihn, seine engagierte und gesellschaftskritische Kunst, gepaart mit seiner einmaligen Art, mit Witz und Ironie.

D 2020, Kinostart: 24.10.2020, 95 Minuten

**06. und 07. November
und Mi., 11. November, 19.30**

Die Misswahl

Tragikomödie über eine spektakuläre Aktion des „Women's Liberation Movement“ während der „Miss World“-Wahl 1970, bei der Aktivistinnen gegen die Unterdrückung der Frau protestierten. Ironischerweise gewann aber mit Jennifer Hosten erstmals eine schwarze Frau den Titel. Der Film erzählt das Geschehen aus beiden Perspektiven, ohne die vielfältigen Bruchlinien überzeugend bündeln zu können.

GB/F 2020, Kinostart: 01.10.2020, 107 Minuten

Do., 12. November, 19.30

Butenland

Ein ehemaliger Bio-Bauer hat sich vor Jahren von der Nutztierhaltung verabschiedet und mit seiner Lebensgefährtin eine Art Altersheim für Kühe gegründet. Finanziert durch Spenden, bietet sein Hof den tierischen Bewohnern nun einen angenehmen Lebensabend bis zum natürlichen Tod. Der Dokumentarfilm porträtiert den Bauernhof und seine beiden Betreiber in ruhigen Einstellungen und kommt auch den Vierbeinern bemerkenswert nahe. Ohne missionarischen Grundton und Anklagen liefert er Argumente für den Veganismus, die durch die Protagonisten Überzeugungskraft gewinnen.

D 2019, Kinostart: 06.02.2020, 82 Minuten

**13. und 14. November
und Mi., 18. November, 19.30**

Warte, warte nur ein Weilchen!

Zu Gast Kameramann Andreas Barthel

Die Rote Reihe in Hannover, eine Straße mit Geschichte, war sie doch, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Heimat des Massenmörders Fritz Haarmann. 100 Jahre nach dessen grauenvollen Taten findet dort Mimis Geburtstagsparty statt. Als die Feier sich dem Ende neigt entschließen sich die Gäste, mit Hilfe eines Ouija Boards, mit den Geistern Kontakt aufzunehmen. Die Stimmung kippt als Mimis Freund Markus und sein ehemaliger bester Freund Robert aneinander geraten. In den folgenden Tagen häufen sich die mysteriösen Vorfälle und plötzlich kommt es zu einer Reihe von Morden. Markus, Redakteur der Lokalzeitung, und seine Kollegen versuchen ebenso herauszufinden, wer dafür verantwortlich ist, wie die Polizei. Warte, warte nur ein Weilchen! ist ein Gruselthriller, der in 95 Minuten viele spannende Momente, lustige Filmzitate und jede Menge Lokalkolorit enthält.

D 2019, Kinostart: 13. November 2019, 125 Minuten

Do., 19. November, 19.30

I am Greta

Die junge schwedische Umweltaktivistin Greta Thunberg will den Raubbau an der Natur nicht mehr hinnehmen und sagt trägen Politikern den Kampf an. Der Dokumentarfilm begleitet sie bei öffentlichen Auftritten und zeigt private Aufnahmen des perfektionistischen Mädchens mit Asperger-Syndrom.

Schweden 2020, Kinostart: 16.10.2020, 97 Minuten

**20. und 21. November
und Mi., 25. November, 19.30**

Enfant Terrible

Stationen und Momente aus dem Leben und Schaffen von Rainer Werner Fassbinder werden zu einem vielfach gebrochenen, zwischen Traum und Alptraum flirrenden Porträt des manischen Filmemachers verwoben, das sich immer wieder am Wechselspiel zwischen Liebe Sehnsucht und der Unfähigkeit, ihr im Leben Raum zu geben, abarbeitet. Der ausschließlich im Atelier gedrehte Film will dezidiert nicht biografisch sein, sondern kreist ästhetisch verdichtet um Variationen eines Künstlerlebens. Glänzend gespielt und als sperrige Hommage ein wuchtiges Werk, bleiben die politischen Wurzeln des Fassbinder'schen Oeuvres und seine zeitgenössische Wucht allerdings weitgehend außen vor.

D 2020, Kinostart: 01.10.2020, 135 Minuten

Mehr unter

www.kino-achteinhalf.de/

Politik & Vorträge

Mi., 04. November, 19.00

Der Wald als Dauerpatient - Borkenkäfer, Stürme und Co.

Reiner Scharte (Förster)

Reiner Scharte gibt als Förster Einblick, wie es um den Zustand des Waldes im Landkreis Celle bestellt ist, welche Herausforderungen die Forsten zu bewältigen haben und warum der Erhalt, Schutz und Aufbau von Wäldern einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Familienbildungsstätte, gebührenfrei
– Anmeldung erbeten

Sa., 07. November, 19.00

LIST Kneipe

LIST lädt ein zu einem Abend mit gekühlten Getränken, Soul-Blues-Jazz-Musik und Gesabbel.

Buntes Haus

Mo., 09. November, 19.00

Dokumentarfilm zur Pogromnacht in Celle mit Erläuterungen durch Reinhard Rohde

Buntes Haus, Halle, Eintritt frei

Di., 10. November, 19.00

Workshop: Reinigen mit Haushaltsmitteln, die Umwelt nicht belasten

Ulrike Müller

Ulrike Müller zeigt in diesem Workshop, wie mit umweltneutralen und im Haushalt verfügbaren Mitteln auch umweltschonend gereinigt werden kann. – Bitte ein bis zwei leere Marmeladengläser mitbringen.

Familienbildungsstätte, gebührenfrei
– Anmeldung erbeten

Do., 12. November, 19.00

Die Erfindung des (jüdischen) Essens: Popkultur, Ernährung, Identität

Kursleitung: Caspar Battagay

Warum wurden in der Corona-Krise so viele Konserven, Mehl und Zucker gekauft - obwohl die Versorgungssi-

cherheit nie gefährdet war? Offenbar weisen bestimmte Nahrungsmittel über ihren Nährwert hinaus auch kulturelle Werte auf: Essen kann solide wirken und Sicherheit suggerieren - oder zum Soul Food" werden. Der französische Theoretiker Roland Barthes nannte die Ernährung ein "System der Kommunikation, ein Korpus von Bildern, eine Gebrauchsanordnung, ein System der Situationen und Verhaltensweisen". Für Barthes ist das Essen ein Zeichen, das sich lesen lässt. Der Vortrag erläutert in einem ersten Schritt solche und andere theoretischen Annäherungen an das allgegenwärtige "Kulturthema Essen" (Alois Wierlacher). In einem zweiten Schritt werden wir danach fragen, warum jemand eine bestimmte Speise als "jüdisch" wahrnimmt: Was ist an Pastrami, Bagels und gefüllte Fischjüdisch? Dabei werden wir auf popkulturelle Kontexte, aber auch auf Gegenwartsliteratur eingehen.

PD Dr. Caspar Battagay ist Lehrbeauftragter am Fachbereich Deutsche Sprach- und Literaturwissenschaft an der Universität Basel. Seit 2015 ist er Mitglied der Jungen Akademie

vhs Celle, 10,00 – Anmeldung unter 20BCE1014

Di., 24. November, 19.00

Foodsaving: Lebensmittelrettung und gelebte Solidarität

Referent(innen): Frauke, Julia, Miriam, Michael

Jeden Tag landen unvorstellbare Mengen von Lebensmitteln, die noch genießbar sind, im Müll. Für die Geschäfte und Bäckereien ist dieses Verfahren oft günstiger, als alternative Abnehmende zu finden. Die Anfang 2020 gegründete Initiative Foodsaving zeigt einen anderen Weg auf und ist damit bei minimalem Aufwand sehr erfolgreich. Foodsaving hat damit auch in der Zeit des Lockdowns, als die Celler Tafel ihren Betrieb einstellte, sowohl Lebensmittel gerettet als auch Bedürftigen geholfen. An diesem Abend wird über die Arbeit von Foodsaving und ähnlicher Orga-

nisationen gesprochen und informiert. Gemeinsam erarbeiten wir, wie jede*r von uns helfen kann, dem "Wegwerf-Wahn" ein Ende zu bereiten.

Familienbildungsstätte, gebührenfrei
– Anmeldung erbeten

Sa., 21. November, 11.30 – 18.15

Die Philosophin Hannah Arendt Einführung in das philosophische Denken in Zusammenarbeit mit der Universität Hannover Wochenendseminar

Kursleitung: Prof. Dr. phil. habil. Peter Moritz

Im Seminar werden wir biographische Hintergründe der Philosophin erfahren, ausgewählte kurze Texte besprechen ("Lüge und Wahrheit in der Politik") und deren Aktualität erörtern.

vhs Celle, 45,50 – Anmeldung unter 20BCE1014

So., 06. Dezember, 15.00

revista- Kneipen-Quiz

siehe Seite 31

Sa., 19. Dezember, 15.00

„Gemeinsam gegen die Nazitreffen in Eschede“

Gegen die regelmäßig auf dem NPD-Hof stattfindenden Nazitreffen haben das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus eine Demonstration angemeldet. Start ist um 14.00 Uhr in Eschede an der Kreuzung Hermannsburger Straße / Zum Finkenberg / Im Dornbusch. Dann geht es weiter zum NPD-Hof, wo eine Kundgebung in Hör- und Sichtweite des Hofes stattfindet.

Ständige Termine im Bunten Haus

Plenum - jeden 1. und 3. Donnerstag, 19 Uhr

U-Laden - jeden Dienstag und Donnerstag, 16 - 18 Uhr

Food-Saving - jeden Mittwoch 18.30 -19.00 und jeden Samstag 15 - 15.30 Uhr

Konzerte & Kultur

Do., 05. November, 20.00

Internationale NACHT DER GITARREN - mit Lulo Reinhardt (D), Alexsey Krupsky (Ukraine), Yuliya Lonskaya (BLR), Stephanie Jones (A)

CD-Kaserne, ab 29,60

Fr., 06. November, 20.00

"Projektor" mit Phillip Dornbusch

Phillip Dornbusch (Sax/Cl), Johanna Summer (Piano), Johannes Mann (Git), Birgir Steinn-Theodorsson (Bass), Philip Dornbusch (Drums)

Beckmannsaal, 15,00 / 5,00

Fr., 06. November, 18.30

Martin Connell

Der Brausaal wird zum Treffpunkt für handgemachte Musik und eine leckere Brauhaus-Snackplatte...

Mühlengrund Wienhausen, 19,00 (Ticket und Essen)

Fr., 06. November, 20.00

FALK

Kunst & Bühne, 18,00

Sa., 07. November, 20.00

Martin Connell an the true dramatics

Der Brausaal wird zum Treffpunkt für handgemachte Musik und eine leckere Brauhaus-Snackplatte...

Mühlengrund Wienhausen, 12,00

Mi., 11. November, 20.00

Impro-Cafe mit „ja. genau!“

Kunst & Bühne, Eintritt: Hutspende

Fr., 13. November, 20.00

Uli-Wißmann-Trio "Jazz aufm Land 2020"

Winsen/Aller, Kirche St. Johannis der Täufer, Eintritt frei

Sa., 14. November, 20.00

Elisabeth Cutler und Leander Reininghaus

Kunst & Bühne, 18,00

So., 15. November, 20.00

Jazz-Geschichten mit den Blues Serenaders

Trift, Kreistagssaal, 15,00 / 5,00

Mi., 18. November, 20.30

Fee Badenius

CD-Kaserne, VVK 23,00

Fr., 20. November, 20.00

Franz Joseph Machatschek - Dunkelschwarze Lieder

Kunst & Bühne, 18,00

Fr., 27. November, 19.00

Element 562

Der Brausaal wird zum Treffpunkt für handgemachte Musik und eine leckere Brauhaus-Snackplatte...

Mühlengrund Wienhausen, AK 29,80

Sa., 05. Dezember, 20.00

Jan Jacob und Band

Mühlengrund Wienhausen, AK 20,00

Mi., 09. Dezember, 16.30

Stoppok

CD-Kaserne, ab 28,50

So., 13. November, 18.00

Basta - Eure liebsten Lieder

CD-Kaserne, ab 29,60

Fr., 18. Dezember, 20.00

Michy Reincke

CD-Kaserne, ab 30,00

So., 17. Januar, 21.00

Terry Hoax - Live 2021

CD-Kaserne, ab 25,20

Redaktionsschluss für die Ausgabe 103:

Di., 19. Januar 2021, 24 Uhr

Bomann-Museum

01.11., 11.30 Uhr

Führung: Von Bürgertöchtern und Dienstboten

07.11., 11.00 Uhr

KUKI – Können Schafe fuseln?
Bomann-Museum Celle

08.11., 11.30 Uhr

Führung: Von Valentin Ruths bis Dirk Huisken – die Entwicklung der Heidemalerei über 150 Jahre

15.11., 12.00 Uhr

Führung: Irre Welten

21.11., 11.00 Uhr

KUKI – Märchen und Kronen

21.11., 15.00 Uhr

Ausstellungseröffnung: „echt klein!
Minikosmos Puppenhaus“

25.11., 12.00 Uhr

Führung: Irre Welten

27.11., 19.00 Uhr

**Ausstellungseröffnung:
DA VINCI 500 – Bewegende Erfindungen**

29.11., 11.30 Uhr

Führung: echt klein! Minikosmos Puppenhaus

05.12., 11.00 Uhr

(M)UFO: Leonardos geniale Erfindungen

06.12., 11.30 Uhr

Führung: Berkefeld, Kieselgur und Sumpfbärlapp – und was das mit Nobelpreis und Cholera zu tun hat

10.12., 15.30 Uhr

Führung: echt klein! Minikosmos Puppenhaus

13.12., 12.00 Uhr

Führung: Irre Welten

Eintrittspreise auf:

<http://www.bomann-museum.de/Information/Eintrittspreise>